

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

1. Die Vorteile des Gesetzentwurfes für die Gewerkschaften.

Wir haben schon in unserem ersten Artikel über den Gesetzentwurf betreffend Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine anerkannt, daß dieses neueste Antigerwerbschaftsgesetz den Gewerkschaften auch einige Rechtswohlthaten bringt. Doch seien diese Verbesserungen des Gewerkschaftsrechtes gering einzuschätzen gegen die Verschlechterungen unserer rechtlichen Grundlage, die mit dem vorgelegten Gesetz beabsichtigt sei. Ein Teil der bürgerlichen Presse bemüht sich nun krampfhaft, diese Vorteile des Gesetzes über Gebühr herauszutreiben, je mehr sie aber auf die Sache eingeht, um so mehr enthüllt sie die Schattenseiten der Vorlage. Ungewollt trägt sie so noch zu einer Steigerung des Widerstandes der organisierten Arbeiterschaft gegen diesen Gesetzentwurf bei. Ein Ergebnis, für das wir der Unternehmerpresse nur dankbar sein können.

Je mehr man sich aber auch mit dem Gesetzentwurf beschäftigt, je mehr enthüllen sich auch die Vorteile, die er uns bringt, in ihrer Fadencheinigkeit. So wird es als ein Vorteil bezeichnet, daß der „eingetragene Berufsverein“ nach der Vorlage den Charakter einer juristischen Person erhält. Danach kann der Verein auf seinen Namen Rechte erwerben, Vermögen auf seinen Namen anlegen, Eintragungen in das Grundbuch auf seinen Namen machen lassen, kurz, als geschlossene Bürgerchaft alle die Funktionen und Rechte ausüben, die nach dem Privatrechte einzelnen dispositionsfähigen Personen zustehen. Gemessen an den praktischen Bedürfnissen der Gewerkschaften, ist dieser Vorteil recht gering einzuschätzen.

Unsere Gewerkschaften sind keine Erwerbsgenossenschaften, die einen beträchtlichen Teil ihres Vermögens in Grundstücken oder industriellen und kommerziellen Unternehmungen festlegen könnten. Sie sollen ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft fördern; und das geschieht in der Hauptsache durch Beeinflussung des Arbeitsmarktes mittels Streiks und weitgehender Unterstützung in allen Notlagen des Lebens. Zur Durchführung dieser Aufgaben müssen die Gewerkschaften aber große Fonds ansammeln, und sie müssen ihre aufgesummten Gelder jederzeit zur Verfügung ihrer Mitglieder halten können, sonst sind sie in ihrer Aktions- und Erfolgsmöglichkeit gehemmt. Daraus erklärt sich schon von selbst die Unmöglichkeit für die Gewerkschaften, größere Rechtsgeschäfte abzuschließen. Übrigens empfiehlt sich für die Gewerkschaften, auch schon mit Rücksicht auf eine eventuelle polizeiliche Beschagnahme, von dem Erwerb größeren Grundbesitzes abzusehen.

Da, wo die Gewerkschaften aber Grundeigentum erwerben, Schenkungen oder Erbschaften entgegennehmen müssen, da werden sie das künftig so gut bewerkstelligen können, wie sie es bisher ohne Rechtsfähigkeit konnten. Und sie unterliegen dabei nicht jenen Beschränkungen, denen die „eingetragenen Berufsvereine“ unterstellt sind. Kann doch nach dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch solchen Vereinen der Erwerb von Grundstücken, Schenkungen und Vermächtnissen im Werte von mehr als 5000 M. von staatlicher Genehmigung abhängig gemacht werden. Die vermögensrechtlichen Vorteile, die das Gesetz den Gewerkschaften bringt, sind also sehr gering zu bewerten.

Aber der „eingetragene Berufsverein“ kann ja nach dieser Vorlage auch Schadenersatzklagen gegen Unternehmer anstrengen. Das ist nach den Verteidigern des Gesetzes besonders wichtig; denn bis jetzt sei es den Unternehmern infolge ihrer geringeren Zahl leichter gewesen als den Arbeitern, Kollektivklagen anhängig zu machen. Deshalb habe man bisher von Klagen der geschädigten Gewerkschaft respektive Arbeiterschaft gegen vertragsbrüchige Unternehmer noch nie gehört, wohl aber von Klagen der Unternehmer gegen vertragsbrüchige Arbeiter respektive Gewerkschaften. Allerdings kommt es nach der „Frankfurter Zeitung“, tatsächlich fast nie vor, daß Unternehmer Tarifverträge brechen; in den letzten Jahren sei ein einziger solcher Fall bekannt geworden. Wozu zu sagen wäre, daß die „Frankfurter Zeitung“ sich schlecht informiert zeigt, wenn sie solches behauptet. Tatsächlich

haben sich die Unternehmer als unzuverlässigere Vertragspartei erwiesen als die Arbeiter. Die durch vertragsbrüchige Unternehmer geschädigten Arbeiter haben allerdings nur in einigen Fällen den Klageweg beschritten, nicht weil dieser Weg für sie bisher nur schwer gangbar war, sondern weil eine Klage in solchen Fällen aus gewerkschaftstaktischen Gründen nun einmal wenig empfehlenswert ist. Tarifverträge sind für uns nur ein Ausdruck der Stärke der Gewerkschaften; und das gilt nicht nur für den Abschluß, sondern auch für die Durchführung solcher Verträge. Daran dürfte sich künftig wenig ändern. Wir werden auch künftig bei der Durchführung von Tarifverträgen in der Hauptsache nur gewerkschaftliche Kampfmittel anwenden, möge uns die Rechtsfähigkeit verkehren sein oder nicht. Deshalb hat auch diese Erleichterung für uns nicht sonderlich viel Bedeutung.

Nicht besser steht es um den anderen Vorteil, der darin liegt, daß der „eingetragene Berufsverein“ nach § 14 Abs. 2 des Entwurfes die Mitglieder zur Zahlung der Beiträge während der Dauer der Mitgliedschaft und „noch für die Zeit bis zum Schlusse des Kalendermonats, in welchem der Austritt erfolgte“, anhalten kann. Für die Gewerkschaften hat diese Bestimmung gar keine praktische Bedeutung. Denn wer seine Mitgliederbeiträge nicht freiwillig zahlt, bei dem kann man — wie Wolfgang Heine richtig sagt — gewöhnlich auch nichts im Bösen holen. Jedenfalls wären die Kosten verhältnismäßig viel zu hoch, um solche Prozesse häufiger zu unternehmen. Wichtiger wären Klagen auf Rückerstattung von Unterstützungen an solche Kollegen, die abtrünnig werden, nachdem sie sich die Vorteile der Unterstützung zunutze gemacht haben. Aber gerade diese Forderungen würden auch nach dem Entwurf nicht klagbar werden.

Besonders hervorgehoben wurde von bürgerlicher Seite die Bestimmung des Entwurfes, wonach einem „eingetragenen Berufsverein“ entgegen den Bestimmungen einiger Landesgesetze Frauen und Minderjährige auch dann als Mitglieder angehören dürfen, wenn dieser Verein einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt. Voraussetzung dabei ist aber, daß die Verfolgung dieser Zwecke sich „nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Beruf seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehungen stehenden gemeinsamen Interessen“ beschränkt. Mit Recht hat Genosse Regien in seiner Reichstagsrede zu diesem Entwurf schon hervorgehoben, daß es ein politisches oder sozialpolitisches Interesse sozialer Natur, eine der Arbeiter oder Holzarbeiter, nicht gibt, so daß auch dieses Zugeständnis des Gesetzentwurfes gar keine praktische Bedeutung hat. Denn Organisationen, welche sich mit allgemeinen politischen oder sozialpolitischen Fragen befassen, dürfen auch nach der Vorlage Frauen und Minderjährige nicht aufnehmen. Aber selbst wenn man den Vorteil dieser Bestimmung für die Gewerkschaften anerkennen will, so kommt er doch nur für einen Teil unserer Organisationen in Betracht. Denn nur in acht von den 25 Bundesstaaten existiert das Verbot der Teilnahme von Frauen und Minderjährigen an politischen Versammlungen, und in diesen wohnen nur 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder. Also nur für diese würde dieser geringe Vorteil in Betracht kommen.

Schließlich ist noch ein Vorteil des Gesetzentwurfes anzuführen: Die Zentralstelle und die Zweigvereine der Gewerkschaften respektive der „eingetragenen Berufsvereine“ sind auch in den Bundesstaaten, in welchen nach den vereinbarungsgesetzlichen Bestimmungen die Verpflichtung zur Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses bei der Polizeibehörde besteht, zur Einreichung des Verzeichnisses nicht verpflichtet. Aber auch diese Bestimmung, die wiederum nur für einige Bundesstaaten einen Fortschritt bedeutet, wird reichlich aufgewogen durch die geradezu schikanösen Bestimmungen des Entwurfes, die den Verkehr mit den Aufsichtsinstanzen der „eingetragenen Berufsvereine“ regeln.

Das sind nun die Vorteile des Gesetzentwurfes, den die bürgerliche Presse nicht genug zu rühmen weiß. Wie die Kollegen sehen, ist es um diese Vorteile recht windig bestellt. Sie sind jedenfalls nicht geeignet, eine Begeisterung der Gewerkschafter für diese Art Gesetzgebungsarbeit auszulösen. Neben diesen wenigen Vorteilen enthält das Gesetz aber eine Reihe der schwersten Nachteile für die Gewerkschaften, die es geradezu zu einem Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung macht.

Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung.

** Die Bestrebungen, die Arbeiterversicherungsgesetze zu vereinheitlichen, sind so alt als die Arbeiterversicherungsgesetze selbst. Schon bei der Beratung der einzelnen Gesetze im Reichstag und bei den Kommissionenverhandlungen wurden verschiedentlich Anregungen gegeben, die Gesetze einander anzupassen. Nachdem aber jedes Gesetz andere Versicherungsträger, einen anderen Kreis der Versicherten usw. hatte, war es nicht so leicht, und es wurden infolgedessen die Gesetze einzeln erlassen und die gegenseitigen Berührungspunkte durch Aufnahme besonderer Bestimmungen in die Gesetze geregelt. Dadurch wurden die Gesetze kompliziert und derart verwickelt, daß es kaum einen Versicherten, für die die Gesetze doch geschaffen sind, geben wird, dem es möglich ist, sich in dem Wust von Bestimmungen und Auslegungen zurechtzufinden.

Die Vereinheitlichung der bestehenden drei Arbeiterversicherungsgesetze ist deshalb zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden, der sich die Staatsregierung nicht mehr länger entziehen kann. Die Gesetzesnovellen der letzten Jahre sind auch mit Rücksicht auf eine baldige Verschmelzung nur zur Abstellung der unhaltbarsten Mängel erlassen worden.

Im März 1905 nahm der Staatssekretär Posadowsky im Reichstag Stellung zu dieser Frage und führte aus, daß Unfall, Krankheit und Invalidität gewissermaßen drei physiologische Zustände seien, die miteinander in ihren Ursachen und Wirkungen eng zusammenhängen. Er bezeichnete die Zusammenfassung der drei Versicherungsgesetze in eine einheitliche Form als eine Aufgabe der Zukunft. Graf Posadowsky hat auch über die Organisation des zukünftigen Gesetzes Andeutungen gemacht, die aber auf nichts Bestimmtes schließen lassen. Er führte aus, daß die Entwicklung dahin gehen muß, daß man einen Unterbau unter berufsständiger Leitung schafft, der die sozialpolitische Gesetzgebung innerhalb beschränkter Verwaltungsbezirke in erster Instanz auszuführen hat, der alle Anträge auf ihren sachlichen Inhalt prüft, die Einziehung der Beiträge leitet, die Rentenempfänger überwacht und die Zahlung der Renten veranlaßt. Auch eine große Anzahl Sozialreformer und Sozialpolitiker haben sich schon mit dem Problem der Verschmelzung der Arbeiterversicherungsgesetze befaßt und Vorschläge und Beiträge veröffentlicht, von denen die des früheren Staatsministers v. Bödicker, des Dr. Freund und des Regierungsrats Düttmann in erster Linie zu nennen sind. Außer diesen haben sich mehrere Versammlungen von Ärztkorporationen und Krankenkassen mit dieser Frage beschäftigt und ebenfalls Rundgebungen erlassen.

Die gemachten Vorschläge gehen sehr weit auseinander, sie stehen einander zum Teil direkt entgegen. Die Verschmelzung aller drei Versicherungszweige verlangt nur der frühere Staatsminister Dr. Bödicker und der zweite deutsche Krankenkassenkongreß, der im Jahre 1902 in Berlin tagte, während die anderen „Reformatoren“, Dr. Freund und Düttmann und auch die Ärzetage, die Unfallversicherung schon von vornherein von der Vereinheitlichung ausgeschlossen wissen wollen. Sie betrachten die Unfallversicherung als das Blümlein „Rühr mich nicht an“, und obwohl gerade das Unfallversicherungsgesetz einer gründlichen Reform am Haupt und Gliedern dringend bedarf, die nur gelegentlich eines Zusammenstoßes mit den anderen Versicherungsgesetzen vorgenommen werden kann, soll dieser Versicherungszweig ausscheiden und dadurch von einer Reform verschont bleiben.

Die Vorschläge von Dr. Freund und Düttmann sind zu sehr durchsichtig, und es bedarf keiner großen Sachkunde, um herauszufinden, daß deren Reformbestrebungen nur auf die Ausschaltung des Selbstverwaltungsrechtes der Versicherten gerichtet sind. Sagt doch Dr. Freund in einem Elaborat, das er der „Sozialen Praxis“ beilegte, nachdem er vorher seinen Plan mit den im Bezirk gegliederten Arbeiterversicherungssämtern, die aus einer gleichen Anzahl Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen und von einem unparteiischen höheren Beamten als Vorsitzenden zusammengesetzt sind, entwickelt hat, folgendes: „Die jetzige Verteilung des Stimmenverhältnisses in den Krankenkassen — zwei Drittel Versicherte, ein Drittel Arbeitgeber — ist sozialpolitisch unbedingt zu verwerfen.“ Er fordert deshalb gleichzeitige Befehung der Verwaltungsstellen unter Verwaltung eines höheren unparteiischen Beamten. Daß durch die Verwirklichung dieser Vorschläge den Versicherten das Selbstverwaltungsrecht mit einem Schlag geraubt ist, scheint der „Sozialreformer“ Dr. Freund nicht zu begreifen. Er sagt weiter: „Die deutschen Krankenkassen haben in der

oben mitgeteilten Resolution gegen die von mir vorgeschlagene paritätische Organisation der Arbeiterversicherungsämter Stellung genommen, indem sie behaupten, dadurch würde ihnen die Selbstverwaltung genommen. Die Arbeiter gehen hier von der irrthümlichen Voraussetzung aus, daß die Selbstverwaltung nur vorhanden ist, wenn sie selbst einen ausschlaggebenden Einfluß haben, sie vergessen aber, daß die Selbstverwaltung auch für die Arbeitgeber gesichert sein muß. Eine derartige Sicherstellung für beide Teile ist aber nur in der vorgeschlagenen Form möglich." Wenn Dr. Freund glaubt, daß die von ihm gewünschte Zusammenfassung der Verwaltungskörper eine Art Selbstverwaltungsrecht ist, so hat er das jedenfalls aus der Invalidenversicherung entnommen. Es klingt aber wie eine Verhöhnung der Rechte der Versicherten, solch albernes Zeug zu behaupten. Daß die Versicherten bei der Invalidenversicherung keinerlei Verwaltungsrechte besitzen, daß die Ausschüsse nur Dekorationen sind, weiß heute schon jedes Schulkind, dem von der Invalidenversicherung nur ein allgemeiner Begriff beigebracht wird, man braucht da nicht einmal Vorwissen einer Versicherungsanstalt zu sein. Dr. Freund scheint das Wort „Arbeiterversicherung“ noch nicht begriffen zu haben, seine Vorschläge wären nur verständlich, wenn es sich um eine Versicherung handeln würde, in welcher sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber als versicherungspflichtig zu betrachten wären. In diesem Falle wäre das Verlangen nach einem Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter ein Non sens und würde von keinem vernünftigen Menschen gefordert werden, aber so handelt es sich um eine Versicherung der Arbeiter, in welcher dieselben mit vollem Rechte die von ihnen geleisteten Beiträge selbst verwalten wollen. Hier kann ja eingewendet werden, daß die Unternehmer ebenfalls Beiträge leisten. Gewiß, die Unternehmer leisten ebenfalls einen Teil der Beiträge, von denen der frühere Staatsminister Dr. Böttcher, einer der besten Sachkenner, seinerzeit sagte: Die Beiträge, die die Unternehmer leisten, bilden einen feststehenden Teil des Lohnes. Ob nach dieser Sachlage den Unternehmern ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen ist, ist immerhin fraglich, und es kann niemals davon die Rede sein, daß Institutionen geschaffen werden, in welchen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten sind.

Das Fazit der ganzen Vorschläge ist, daß Selbstverwaltungsrecht der Versicherten vollständig auszuschalten, deshalb soll die Organisation der Unfallversicherung, in welcher die Versicherten nicht die mindesten Verwaltungs- oder Mitbestimmungsrechte haben, die alte bleiben, deshalb soll die Krankenversicherung den Versicherungsanstalten oder ähnlichen zu schaffenden Versicherungsämtern, in welchen die Versicherten ebenfalls keinerlei Verwaltungsrechte besitzen, angegliedert werden.

Alle Reformer, die bis jetzt Vorschläge gemacht haben, stehen im Banne des jetzigen Systems, sie können sich nicht frei machen und streifen immer wieder das Alte, das in jeder Beziehung unhaltbar ist. Es dürfte auch kaum möglich sein, auf Grund der gemachten Vorschläge eine Vereinheitlichung, aus welcher den Versicherten ein greifbarer Nutzen erwächst, zustande zu bringen.

Wenn für die Versicherten etwas Brauchbares geschaffen werden soll, ist es notwendig, daß mit dem alten System vollständig aufgeräumt wird. Es wäre deshalb das einzig Richtige, alle ausschließbaren Mittel zu einem Fonds zusammenzuwerfen und den Versicherten die bisher erworbenen Rechte in irgend einer Form gutzubringen, ein einziges Arbeiterversicherungs-gesetz zu schaffen, das alle Schäden, die im Wesen der heutigen Gesellschaftsordnung begründet liegen, zu rentieren hätte. Ob nun die Schäden als Krankheit- oder Unfälle, als Invaliditäts- oder Sterbefälle, als Witwen- oder Waisenunterstützungsfälle oder als Arbeitslosigkeit bezeichnet werden, ist an sich gleich. Der Hauptzweck dieses vollständig neu zu schaffenden Gesetzes wäre lediglich der, die Versicherten vor Verelendung zu schützen, die durch die heutige Produktionsform jeden Arbeiter treffen kann.

Die Organisation der deutschen Unternehmer.

Mit der Gewerkschaftsbewegung erlangen auch die Unternehmerorganisationen in Deutschland wachsende Bedeutung. Sie sind ja in gewissem Sinne das notwendige Ergebnis der gewerkschaftlichen Bewegung. Denn Unternehmer, die durch den organisierten Willen der Arbeiterschaft zu irgend einer Konzession an dieselbe genötigt waren, lernten durch diese wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Arbeitern leicht den Wert der Organisation auch für die eigenen Interessen kennen, und der organisatorische Anschauungsunterricht war für das Unternehmertum um so lehrreicher, je größer mit dem wachsenden Einfluß der Arbeiterorganisationen die gewerkschaftlichen Erfolge der Arbeiterschaft waren. Dann aber war auch die Erstarkung der Unternehmerorganisationen auf die Gestaltung und die Erstarkung der Arbeitergewerkschaften nicht ganz ohne Einfluß, und besonders der Scharfmacherverbänden kann man ein gut Teil der rein organisatorischen Erfolge der Gewerkschaften zugute rechnen. Die scharfmacherische Taktik besonders der größeren Unternehmerverbände hat in weiten Schichten der Arbeiterschaft das Massenbewußtsein geweckt, hat in ihnen die Pflicht der Organisation wachgerufen, zum Überfluß haben dann noch die großen Aussperrungen der letzten Jahre, die doch in der Hauptsache immer nur zur Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisationen führen sollten, Hunderttausende von bisher unorganisierten Arbeitern geradezu gewalttätig in die Gewerkschaften hineingekräftet. So wird der aufmerksame Beobachter des wirtschaftlichen Kampfes viele Wechselwirkungen zwischen der Entwicklung der wirt-

schaftlichen Arbeiter- und der wirtschaftlichen Unternehmerbewegung feststellen können.

Die Bestrebungen der Unternehmer auf Schaffung starker, gegen die Arbeiterschaft gerichteter wirtschaftlicher Interessenorganisationen setzten mit dem Zeitpunkt ein, als den Arbeitern durch Verleihung des Koalitionsrechtes die Möglichkeit der wirtschaftlichen Vereinigung gegeben war. Das war für den größeren Teil des Deutschen Reiches, den Norddeutschen Bund, bekanntlich im Jahre 1869 der Fall. Im gleichen Jahre beriet sich ein einflussreicher Scharfmacher von Köln aus eine „Mahnung an die deutschen Arbeitgeber“, in der es heißt: „Es erscheint geboten, daß neben der im fortschreitenden Werke begriffenen Organisation der Arbeiter Deutschlands auch eine organisierte Vereinigung deutscher Arbeitgeber behufs Erhaltung des Gleichgewichtes der wirtschaftlichen Interessen herbeigeführt werde.“ Als Zweck dieser Vereinigung wurde besonders noch hervorgehoben: die Unmöglichkeit der Streiks dadurch, daß man die Forderungen der Arbeiter einem Schiedsgericht überweise und diejenigen Arbeiter, die sich dessen Sprüche nicht fügen, von jeder deutschen Arbeit ausschließe! Diese „Mahnung“ wurde zuerst von der liberalen „Elberfelder Zeitung“ veröffentlicht und ging aus dieser in fast alle Blätter der kapitalistischen Presse Deutschlands über.

Im Sinne dieser Mahnung ist von den Unternehmerorganisationen denn auch stets vorgegangen worden. Der lauteste Auser im Streite war dabei stets der Zentralverband deutscher Industrieller, eine Scharfmacherorganisation par excellence. Dieser Unternehmerverband wurde am 15. Februar 1876 gegründet. Das Streben nach hohen Zellen war die Veranlassung zu seiner Gründung, v. Kardorff hob ihn aus der Laufe, Stumm und Bueck prägen seiner ferneren Wirksamkeit ihres Geistes Stempel auf und die Zuchthausvorlage war zum guten Teil ebenso sein Werk wie die hohen Industriezölle im jetzigen Zolltarif. Der Verband zählt 558 Mitglieder, darunter 52 industrielle Vereine, 24 Handelskammern, 7 Berufsvereinigungen und 460 Einzelmitglieder. Der Zentralverband vereinigt in sich Angehörige aller Berufe, wird aber beherrscht von der schweren Industrie, den Eisen- und Kohlenbriegen Rheinland-Westfalens und Sachsens. Auch die namhaftesten Textilindustriellen sind dem Verband angeschlossen, der eine Vertretung der Großindustrie sein will. Handwerker sind von der Mitgliedschaft statutenmäßig ausgeschlossen, der geringste Jahresbeitrag beträgt 30 Mk. **

Dem Zentralverband verwandt ist der 1895 gegründete Bund der Industriellen, der vorzüglich mittlere und kleinere Betriebe der Verarbeitungsindustrie umfaßt. Auf diese Scharfmachervereinigung stützte sich auch die Streikversicherungs-gesellschaft „Industria“ seligen Andenkens. Eine bedeutsame Organisation ist ferner der Verband sächsischer Industrieller, eine dem Zentralverband deutscher Industrieller gleichgeartete Organisation, die ihren Wirkungsbereich aber nur auf Sachsen erstreckt. Nach dem letzten Geschäftsbericht des Verbandes beschäftigen seine Mitglieder 250 000 Arbeiter in 1950 Betrieben. Schließlich wäre noch eine zentralisierte Unternehmerorganisation für das bayerische Industriegebiet zu erwähnen: der bayerische Industriellenverband. In ihm dominieren Metallindustrielle, Textilwarenfabrikanten und Brauereibesitzer. Seine 600 Mitglieder beschäftigen rund 100 000 Arbeiter.

Neben diesen gemischten großen Unternehmerzentralverbänden gibt es noch eine Reihe einflussreicher Zentralverbände, die nur Angehörige eines bestimmten Berufes umfassen. Hier ist zunächst der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller zu erwähnen, der die in der Metallindustrie bestehenden Arbeitgebervereine zusammenfaßt und in 21 Untergruppen gegliedert ist. Bei den Mitgliedern sollen 820 000 Arbeiter beschäftigt sein. Dieser Verband, in dem der Aussperrungsschlichter Mendel eine Hauptrolle spielt, bezweckt angeblich die „werttätige Förderung des Wohles der Arbeiter“ und die Abwehr von Arbeiterbestrebungen, die „darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie einseitig vorzuschreiben“. Wie er diese Aufgabe aufsaßt, konnte man aus der diesjährigen großen Aussperrung in der Metallindustrie ersehen, die in der Hauptsache von dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller ausging. In dem Baugewerbe existieren mehrere Verbände, in denen 10 000 Unternehmer mit rund 100 000 Arbeitern organisiert sind. An der Spitze dieser Organisationen steht der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe, dessen Leiter der sattsam bekannte Herr Felisch ist. Für die Berg- und Hüttenwerke bestehen sechs berg- und hüttenmännische Vereine, die wohl alle in Frage kommenden Zentralverbände umfassen dürften. Ferner existieren vier Zentralverbände für die Eisenindustrie, ein Verein deutscher Maschinenbauanstalten, ein Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, dem alle Betriebe der Industrie angehören dürften, ein Zentralverein der deutschen Lederindustrie, Zentralverbände oder fogenannte Arbeitgeberschutzverbände für die Holzindustrie, die Papierindustrie, die Mühlenindustrie, die Zucker- und Schokoladenindustrie und die Tabakindustrie, über die nähere Angaben aber nicht zu erlangen sind, wie ja die Unternehmer die Öffentlichkeit über ihre Organisationen nur mangelhaft informieren. In der keramischen, der Textil- und der Brauereindustrie sind Zentralorganisationen bisher nicht entstanden; dagegen verfügen die Unter-

nehmer dieser Industrien über teilweise recht starke Lokal- und Bezirksorganisationen.

Außer diesen angeführten Unternehmerorganisationen gibt es noch eine Reihe einflussreicher Lokaler und Bezirksverbände, die verschiedene Berufe umfassen. Von diesen dürfte der Arbeitgeberverband für Hamburg-Altona der bekannteste und einflussreichste sein. Ähnliche Organisationen bestehen unter anderen in Magdeburg, München, Bielefeld, Lübeck, Flensburg. Ferner sind noch bemerkenswert die Lokalen Unternehmerverbände, die sich auf einen bestimmten Beruf beschränken. Von diesen sind die Verbände der Metallindustriellen und der Holzindustriellen Berlins, die unter der Leitung des Herrn Kommerzienrats Kühnemann und des Herrn Rahardt stehen, die bekanntesten.

Außer diesen wichtigsten Unternehmerorganisationen gibt es noch eine große Anzahl von Vereinigungen, deren ausschließlicher Zweck eine Vertretung der Interessen der Arbeitgeber ist. Wir nennen nur die Innungen, Gewerbevereine, Handwerkskammern, Handelskammern, die Berufsgenossenschaften, die Ringe, Kartelle und Syndikate. Und mag auch bei den meisten dieser Vereinigungen das spezifisch scharfmacherische fehlen, mögen sie auch mehr als Preiskonventionen oder rein wirtschaftliche Interessenorganisationen, weniger als Kampforganisationen der Unternehmer anzusehen sein, so stellen sie doch auch wichtige Faktoren dar, mit denen die Arbeiterschaft in ihrem organisierten Kampfe gegen das Unternehmertum rechnen muß. Und mancher der oben angeführten Scharfmacherverbände findet seinen Stützpunkt in den Innungen, Berufsgenossenschaften und Handelskammern.

Seit zwei Jahren nun sind die spezifisch scharfmacherischen Unternehmerorganisationen in zwei großen Zentralverbänden vereinigt worden. Den äußeren Anlaß zu diesem Zusammenschluß bot der Kampf um die Einführung des Zehnstundentags in den Webereien von Grimmitzschau. Die Unternehmer führten diesen Kampf von Anfang an als eine von der Sozialdemokratie von langer Hand vorbereitete Kraftprobe auf, deshalb suchten die größeren Unternehmerverbände, besonders der Zentralverband deutscher Industrieller, den Grimmitzschauer Fabrikanten unter die Arme zu greifen. Bei den mündlichen und schriftlichen Verhandlungen, welche auf Grund der vom Zentralverband eingeleiteten Hilfsaktion für Grimmitzschau mit den Vereinen und Arbeitgeberverbänden in allen Teilen Deutschlands geführt worden sind, wurde der Boden zum Zusammenschluß sämtlicher Arbeitgeber im Deutschen Reich gelegt. Auf einer am 13. Januar 1904 vom Direktorium des Zentralverbandes abgehaltenen Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, eine Zentralstelle der Arbeitgeberverbände zu errichten, um diese zur Bekämpfung unrechtmäßiger Bestrebungen der Arbeiter miteinander in Verbindung zu bringen. Bereits vier Tage später fand eine Vertreterversammlung mehrerer Scharfmacherverbände statt, in welcher eine elfgliedrige Kommission gewählt wurde, welcher die vorbereitenden Arbeiten zur Gründung dieser Zentralstelle übertragen wurden. In einer Delegiertenversammlung am 12. April 1904 ist denn auch die Gründung dieser Zentralorganisation vor sich gegangen; sie erhielt den Namen: „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“. Die Selbstständigkeit der angeschlossenen Vereine soll nicht angetastet werden, mit der für alle Mitglieder der Hauptstelle geltenden Beschränkung, wonach streikende, ausgesperrte und widerrechtlich ausgetretene Arbeiter nicht angenommen werden dürfen und die zur Durchführung einer Hilfsaktion erforderlichen Geldmittel aufgebracht werden müssen. Die Hauptstelle verfolgt weiter den Zweck: a. Durch Vereinigung der in Deutschland bestehenden oder sich neu bildenden Arbeitgeberverbände die gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber gegenüber unberechtigten Anforderungen der Arbeitnehmer zu schützen, b. den Schutz der Arbeitswilligen, c. die Ausdehnung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber zu fördern, d. die Streiklausel nach Möglichkeit durchzuführen, e. den Rechtsschutz der Arbeitgeber in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu übernehmen. Diese Hauptstelle steht unter Leitung Axel Buecks, in ihr hat denn auch der Zentralverband deutscher Industrieller maßgeblichen Einfluß. Der Hauptstelle waren am Schluß des Jahres 1905 51 Verbände, deren Mitglieder 711 899 Arbeiter beschäftigten, angeschlossen.

Neben der Hauptstelle besteht aber eine zweite Zentralorganisation der deutschen Unternehmerverbände, der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“. Seine Entstehung verdankt er einer gewissen Rivalität verschiedener Scharfmacherorganisationen gegen den Zentralverband deutscher Industrieller. Die Gründung der Vereinigung ging aus vom Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands. Die Statuten stimmen fast wörtlich mit denen der Hauptstelle überein, doch besitzt der „Verein“ mehr Selbstständigkeit als diese, er ist nicht wie diese von einer bestimmten wirtschaftlichen Vereinigung abhängig. In § 4 des Statuts der Vereinigung wird ausdrücklich bestimmt, daß er Kartellverträge mit anderen gleichartigen Vereinen, insbesondere mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände erstrebe. In der Tat hat sich denn auch bereits eine Kartellierung der beiden großen Zentralverbände der Scharfmacher vollzogen. Dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ waren am Schluß des Jahres 1905 20 Unternehmerverbände, deren Mitglieder 950 000 Arbeiter beschäftigten, angegliedert.

So viel über die Entwicklung und äußere Gestaltung der deutschen Unternehmerverbände.

* „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter im Lichte der Tatsachen.“ Hamburg 1888. Seite 43.

** Dr. Aug. Müller, „Gewerkschaften und Unternehmerverbände.“ Magdeburg 1906. Seite 6.

* G. Harbegg, „Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände.“ Stuttgart 1905. Seite 48.

Amerikanische Arbeiterverhältnisse.

In dem Bericht des Reichskommissars über die Weltausstellung in St. Louis im Jahre 1904, der jetzt dem Reichstag vorgelegt wurde, finden sich einige Bemerkungen über amerikanische Arbeiterverhältnisse, die auch für unsere Leser von einigem Interesse sein dürften. „Die amerikanischen Bauarbeiter,“ so heißt es in dem Bericht, „besitzen, auch soweit es sich um ungelernete Arbeiter handelt, eine ungewöhnlich feste Organisation, und ihre Gewerksvereine (Unions) gehören zu den mächtigsten innerhalb des großen Verbandes der „American Federation of Labor“. Die von den Gewerksvereinen des Baugewerbes fast überall durchgeführten Grundsätze lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Die Arbeitszeit beträgt durchgehend acht Stunden. An Sonnabenden wird nachmittags niemals gearbeitet. An Sonntagen darf gearbeitet werden, jedoch nur bei doppelter Löhnung.
2. Tarifvereinbarungen werden nur in den seltensten Fällen geschlossen, vielmehr gilt es im Gegensatz zu vielen anderen Berufen als erlaubt, eine Steigerung der Löhne bis zur größtmöglichen Höhe durch plötzliche Arbeitseinstellungen herbeizuführen.
3. Die einzelnen Gewerksvereine sind in zunftmäßiger Weise voneinander scharf abgegrenzt; es bestehen genaue Vorschriften darüber, welche Arbeiter die verschiedenen Bauhandwerker (Putzer, Modelleure, Bildhauer usw.) ausführen dürfen. Es wird niemals geduldet, daß das Mitglied eines Gewerksvereins Arbeiten ausführt, die in das Bereich eines anderen gehören.
4. An jeder Arbeitsstelle, wo Vereinsmitglieder beschäftigt sind, muß ein Vorarbeiter (Foreman) angestellt werden, der nicht mitzuarbeiten, sondern nur die Arbeit der anderen zu überwachen hat. Daneben bestehen sogenannte Wanderdelegierte (Walking delegates), die auf die Durchführung der Vereinsvorschriften zu achten haben.
5. Die Vereine (Unions) erheben hohe Eintrittsgelder, sie betragen für St. Louis zwischen 25 und 75 Dollar.
6. Es ist den Mitgliedern grundsätzlich untersagt, mit Nichtvereinsmitgliedern zusammenzuarbeiten.

Die Durchführung dieser Grundsätze war den Gewerksvereinen in St. Louis dadurch erleichtert worden, daß für Ausstellungsbauten mit Zustimmung der Ausstellungsleitung von vornherein nur organisierte Arbeiter eingestellt wurden; Nichtvereinsmitglieder konnten nur schwer und in Ausnahmefällen auf der Ausstellung Arbeit erlangen. Durch wiederholte Arbeitsseinstellungen, unter denen auch der Bau des Deutschen Hauses leiden mußte, hatten die Gewerksvereine bis zum Frühjahr 1904 die Löhne so gesteigert, daß Ende April an Putzer und Maler Stundenlöhne von einem Dollar und darüber, an Zimmerleute von 75 Cent bezahlt wurden, die bei Sonntagsarbeit auf das Doppelte stiegen. Dabei wurde seitens der deutschen ausführenden Architekten und Unternehmer hervorgehoben, daß die Leistungen der amerikanischen Arbeiter vielfach hinter denen der deutschen zurückblieben.

Den Arrangements der deutschen Ausstellung waren diese Grundsätze höchst unangenehm, denn ihre Durchführung bedingte, daß die Arbeiter von der Möglichkeit, eine günstige Konjunktur auszunutzen, den weitestgehenden Gebrauch machten. Für deutsche Verhältnisse bedeuten auch tatsächlich die gewerkschaftlichen Einrichtungen der Amerikaner etwas ganz Unerhörtes. Bei uns müssen noch immer Kämpfe geführt werden, um die regelmäßige tägliche Arbeitszeit auf 9/10 oder 9 Stunden zu verkürzen, in vielen Orten sehen sogar die Unternehmer der Einführung des Neunstundentags noch hartnäckigen Widerstand entgegen, und in Amerika ist für große Arbeiterkategorien der Achtstundentag eine selbstverständliche Einrichtung.

Wenn die amerikanischen Bauarbeiter weniger Wert auf Tarifverträge legen und statt dessen darauf bedacht sind, die jeweilige Konjunktur nach Kräften auszunutzen, so dürfte das eine Taktik sein, die sie von den Kapitalisten erlernt haben, welche ohne die geringsten Gewissensbisse den höchstmöglichen Gewinn aus einer sich anbietenden günstigen Geschäftslage ziehen. Den amerikanischen Gewohnheiten wird es auch schwerlich entsprechen, daß die Unternehmer ihren Arbeitern über die Zeit des schlechten Geschäftsganges hinweghelfen, und so ist das Verhalten der Arbeiter, so unangenehm es den Unternehmern auch aufstoßen mag, menschlich wohl begreiflich. Das besagt allerdings nicht, daß wir die amerikanische Taktik in diesen Dingen unbefehen auf Deutschland übertragen wissen möchten. Die rücksichtslose Ausnutzung der Konjunktur durch die Arbeiter ist zweifellos eine Reaktion gegenüber dem entsprechenden Verhalten der Unternehmer in Situationen, die es ihnen gestatten, die Löhne zu drücken. Demgegenüber dürften unseres Erachtens tarifliche Abmachungen vorzuziehen sein, durch welche die Löhne in gewisser Höhe fixiert werden. Der Abschluß von Tarifverträgen darf natürlich kein Hindernis dafür sein, daß den Arbeitern ihr Anteil an dem außerordentlichen Gewinn vorzuenthalten wird, den die Unternehmer bei einer Gelegenheit, wie sie ihnen eine Weltausstellung bietet, einheimen. Ob übrigen Tarifverträge existieren oder nicht, stets wird die Macht der Gewerkschaft von entscheidendem Einfluß für die Festsetzung der Arbeitsbedingungen sein.

Der zunftmäßige Abschluß der verschiedenen Gewerkschaften nach der Richtung, daß kein Arbeiter eine Arbeit ausführen darf, die in das Fach eines anderen Berufs schlägt, ist ein Zustand, der, abgesehen von den Buchdruckern, in Deutschland überwunden ist. Der engherzige Zunftstandpunkt gestattet es zweifellos den Angehörigen eines so ab-

geschlossenen Gewerbes, eine soziale Stellung einzunehmen, die sie über die Masse der Arbeiterschaft mehr oder weniger erhebt. Aber die Züchtung einer solchen Arbeiteraristokratie geht Hand in Hand mit dem Zurückschrauben der Lebenshaltung der Massen, die außerhalb des Kreises derer stehen, die durch Zunftschranken geschützt sind. Es ist das hohe Verdienst der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland, daß sie das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter gepflegt und entwickelt hat. So sehr wir uns als Holzarbeiter dafür interessieren, daß unsere engeren Berufsgenossen möglichst günstige Arbeitsbedingungen erringen, so stehen wir doch den Kämpfen in anderen Berufen nicht gleichgültig gegenüber. Wir nehmen tätigen Anteil an dem Ringen der gesamten Arbeiterschaft zur Hebung ihrer sozialen Lage und wirken damit wahrhaft kulturfördernd. In Amerika ebenso wie auch in England hat die sozialdemokratische Bewegung bisher eine größere Bedeutung nicht erlangt, trotz der großartigen Erfolge, welche die Gewerkschaftsbewegung in diesen Ländern erzielt hat. Als Folge dieses Zustandes sehen wir, daß die in großen Verbänden organisierten gelernten Arbeiter eine verhältnismäßig sehr günstige Stellung einnehmen, während das große Heer der Ungelernten, die außerhalb der Organisationen stehen müssen, recht miserabel entlohnt werden. Gegenwärtig macht sich allerdings ein Umschwung bemerklich, die Arbeiter in den Ländern der angelsächsischen Rasse beginnen allmählich zu begreifen, daß der kastenmäßige Abschluß in den Gewerkschaften kein Vorteil ist, und daß dem Interesse der Gesamtheit in höherem Maße entsprochen wird, wenn man den Kreis der zur Aufnahme in die Organisation Berechtigten möglichst weit zieht. In dem Maße, in welchem diese Auffassung von den Aufgaben der Arbeiterbewegung Boden gewinnt, werden auch die teilweise exorbitant hohen Aufnahmegelder der Gewerkschaften herabgesetzt werden.

Für die im deutschen Polizeigeist erzogenen Regierungsvertreter, nicht minder aber auch für die Arbeiter, denen die „Wohltaten“ des § 153 der Gewerbeordnung und die arbeiterfeindliche Auslegung des Erpressungsparagrafen sowie sonstiger Fußangeln für die freie Betätigung der Gewerkschaften so oft demonstriert wurden, mußte die Einrichtung der Foremen und der Walking delegates eine ganz unfaßbare Erscheinung sein. Aber die Tatsache, daß die amerikanische Industrie mit dieser scharfen Kontrolle der Einhaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen durch die Organe der Gewerkschaften existieren und florieren kann, beweist, wie rückständig unsere deutschen Unternehmer sind, die auf das Recht des „Herrn im Hause“ pochen gegenüber den Forderungen der Arbeiter, die weit hinter dem zurückbleiben, was in Amerika gang und gäbe ist.

Die strenge Einhaltung ihrer Grundsätze durch die amerikanischen Gewerkschaften hat auch zu Differenzen mit dem deutschen Reichskommissar geführt. Von der mit Rücksicht auf die Weltausstellung erfolgten zeitweiligen Aufhebung des Kontraktarbeitergesetzes, durch welches die Einwanderung von Arbeitern mit festem Kontrakt in Amerika verboten ist, hatten auch der Reichskommissar sowie deutsche Aussteller Gebrauch gemacht und zur Ausführung der überaus mühsamen, sorgfalt und Sachkenntnis erheischenden Montierungsarbeiten, besonders der Räume im Deutschen Hause und in der kunstgewerblichen Abteilung, geübte deutsche Tischler, Schlosser, Maler, Stukkateure, Zimmerleute, Tapezierer und andere Arbeiter herüberkommen lassen. Die Zahl derselben war mit Rücksicht auf die hohen damit verbundenen Kosten — die Reise und die Vergütung während derselben erforderte allein auf den Kopfeine Ausgabe von 900 bis 1000 M. — auf das äußerste beschränkt und es war vorgegeben, die anderen gewöhnlichen Arbeiten durch in St. Louis anzunehmende amerikanische Arbeiter ausführen zu lassen.

Mit der Beschäftigung der deutschen Arbeiter auf dem Ausstellungsgebiet waren aber die amerikanischen Gewerkschaften gar nicht einverstanden, sie verlangten den Beitritt zu ihrer Organisation, der, wie erwähnt, mit recht hohen Kosten verknüpft ist. Da wiederholte Verhandlungen des Reichskommissars mit den Beamten der Gewerkschaften in St. Louis zu keinem Resultat führten, wandte er sich endlich direkt an den Präsidenten der „American Federation of Labor“, Gompers in Washington, um Abhilfe der Beschwerden mit dem Erfolge, daß die Baugewerksvereine von der Zentralfstelle aufgefordert wurden, den Wünschen der Fremden, besonders der Deutschen, entgegenzukommen; tatsächlich haben seit dieser Zeit die Baugewerksvereine nicht mehr auf strenge Durchführung der bezeichneten Vorschriften bestanden, vielmehr ihre Mitglieder mit den Deutschen zusammenarbeiten lassen, auch ohne daß diese ein Eintrittsgeld entrichten hatten.

Am Schluß des Kapitels über die Arbeiterverhältnisse, welches nebenbei bemerkt nur zwei Seiten des insgesamt 577 Seiten starken Bandes umfaßt, erwähnt der Berichterstatter noch als bemerkenswert, daß man den Japanern, die als farbige Arbeiter angesehen und als solche nicht Mitglieder des Gewerksvereins werden durften, hinsichtlich der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen keine Schwierigkeiten in den Weg legte. Damit ist auf eine wenig rühmliche Seite der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung hingewiesen. Von dem Rassenvorurteil, von welchem die bürgerlichen Kreise in Amerika erfüllt sind, haben sich auch die Arbeiter noch nicht freigemacht. Statt die farbigen Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften zu einer höheren Lebenshaltung zu erziehen, werden sie direkt zurückgewiesen und so geradezu zu Lohnstricken gemacht.

Die knappen Mitteilungen des Reichskommissars bei der Weltausstellung in St. Louis werfen, wie wir gesehen haben, ein interessantes Streiflicht auf die amerikanischen Gewerks-

chaften. Sie besitzen manches, um was wir sie beneiden können, andererseits bewegt sich die dortige Arbeiterbewegung teilweise in Bahnen, die uns fremdartig oder richtiger als überlebt anmuten. Wir wollen uns selbstverständlich ein abschließendes Urteil auf Grund des hier vorliegenden Materials nicht anmaßen, immerhin ist es wertvoll, die erwähnten Tatsachen kennen zu lernen.

Soziales.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vor dem Reichstag.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist beendet. Der Reichstag hat sich in vier Sitzungen mit diesem Werk beschäftigt und es zum Schluß an eine Kommission verwiesen. Wenn man nach dem Gesamteindruck, den die Generaldebatte machte, urteilen wollte, dann könnte man sagen, der Entwurf hat in der vorliegenden Form keine Aussicht auf Annahme, er wird in der Kommission gründlich umgestaltet werden und schließlich eine Fassung erhalten, von der es noch sehr fraglich ist, ob sie die Zustimmung der Regierung findet.

Es wäre jedoch grundsätzlich, wenn sich die Arbeiterschaft unter dem Eindruck der ersten Lesung einlassen ließe und auf eine Fortsetzung und Steigerung des Protestes verzichten wollte. Von den Feinden der Arbeiterorganisationen wird zweifellos jedes Mittel angewendet werden, um dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine eine ihren Wünschen entsprechende Fassung zu geben. Der Staatssekretär Graf Posadowsky hatte durchaus recht, wenn er seine zweite Rede mit den Worten schloß: „In meiner langen parlamentarischen Praxis habe ich es schon mehr als einmal erlebt, daß Gesetzentwürfe der Regierungen in der ersten Lesung auf das heftigste getadelt worden sind, daß man ihnen besonders nachgesagt hat, sie seien oberflächlich ausgearbeitet. Dann aber hat sich in der Kommission herausgestellt, daß die Vorlage im großen und ganzen doch leidlich durchdacht war und in ihrem Hauptzweck auch das Richtige traf.“ Der Regierungsvertreter sieht also trotz der unfreundlichen Aufnahme, die sein Werk gefunden, recht optimistisch den weiteren Verhandlungen entgegen, es wird daher der größten Anstrengungen bedürfen, um diesen neuen Versuch der Knebelung der Gewerkschaften zurückzuweisen.

Die Beratung des Gesetzentwurfes wurde eingeleitet durch eine Rede des Herrn Trimborn vom Zentrum. Herr Trimborn versteht zwar vom Wesen der Gewerkschaften nicht viel, um so besser beherrscht er die Taktik des Zentrums, die Gedanken durch Worte zu verbergen und über eine Sache so zu reden, daß es der Partei immer noch frei steht, am Schluß dafür oder dagegen zu stimmen. Von unserem Kollegen Legien, der nachher zum Worte kam, wurde das eigenartige Verhalten des Zentrums, welches als Redner einen Mann vorschickt, der nicht imstande ist, die Tragweite der einzelnen Bestimmungen der Vorlage zu übersehen, gebührend gekennzeichnet. Alsdann holte der Vertreter der deutschen Gewerkschaften zu einer großzügigen Kritik des Machwerkes der Regierung aus. Wir müssen es uns versagen, auf die Einzelheiten der geübten Kritik hier näher einzugehen, es wird sich hierzu in anderem Zusammenhang hinreichend Gelegenheit bieten. Wenn Legien die Behauptung aufstellte, daß die Vorlage richtiger als „Gesetzentwurf“ betreffend die Beseitigung der Lebensfähigkeit der Berufsvereine bezeichnet werden müsse, so muß zugestanden werden, daß ihm der Beweis für diese Behauptung in vollem Maße gelungen ist. Er bezeichnete den Entwurf als unannehmbar; wenn der grundlegende Charakter des Gesetzes erhalten bleibt, dann wird es zum Nutzen der Unternehmer und zum Schaden der Arbeiter dienen.

Die Verteidigung der Vorlage durch den Grafen Posadowsky war nicht besonders glänzend und rief auch auf bürgerlicher Seite verschiedentlich Widerspruch hervor. Für das sozialpolitische Verständnis des Vertreters der deutschen Sozialpolitik, dem man nachsagt, daß er der klügste Mann in der Reichsregierung sei, ist es bezeichnend, daß er pathetisch erklärte: „Wenn es keine Unternehmer gäbe, so gäbe es keine Arbeit.“ Bei einer solchen Auffassung von der Bedeutung der Unternehmer für das wirtschaftliche Leben ist die Vorlage dieses Gesetzentwurfes gegen die Gewerkschaften begreiflich. Besonders rührend ist die Fürsorge des Staatssekretärs für die Unternehmer in der Landwirtschaft; diese könnten, wie er ausführt, durch einen Streik schwer geschädigt werden, deshalb muß den Landarbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes auch künftig entzogen bleiben!

Auffsehen erregte es, daß auch der Führer der Nationalliberalen, Bassefmann, eine recht abfällige Kritik an dem Entwurf übte; als Rechtsanwält, so erklärte er, würde er einem Berufsverein, der ihn um Rat fragt, davon abraten, sich eintragen zu lassen. Selbst der ob seiner Sozialistenfeindschaft bekannte Dr. Mugdan fand recht scharfe Worte; auch für ihn ist das Gesetz in der vorliegenden Fassung unannehmbar, da es den Arbeitern Steine statt Brot gibt. Herr Giesberts, der Vertreter der Zentrumsgewerkschaften, der als zweiter Redner seiner Fraktion vorgeschickt wurde, hatte den eigenartigen Geschmack, die offensichtliche Tatsache zu bestreiten, daß die christlichen Gewerkschaften im Zentrum ihre politische Vertretung sehen. Interessant war das Zugeständnis, daß die Feinde des Koalitionsrechtes der Landarbeiter nicht nur auf der rechten Seite des Hauses, sondern auch in seiner eigenen Partei, dem Zentrum sitzen. Durch diese Tatsache wird der Wert der Kritik, die Herr Giesberts an dem Regierungsentwurf übte, ganz wesentlich herabgesetzt. In der Hauptsache dürfte er wohl nur für seine Person geredet haben, das Zentrum als Partei

wird schließlich bereit sein, sich in sozialpolitischen Fragen der Führung des Herrn Wiesberts anzuvertrauen.

Hatte Regien seine Kritik an dem Entwurf vom Standpunkt des praktischen Gewerkschafters gelübt, so unterzog ihn der zweite Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Seine, einer näheren Prüfung vom Standpunkt des Juristen aus. Auf Grund seiner Erfahrung in einer Reihe von Prozessen war er in der Lage, ein drastisches Bild von den Schikanen zu entwerfen, denen die Gewerkschaften durch Polizei und Justizbehörden ausgesetzt sind; gleichzeitig konnte er aber auch den Nachweis dafür antreten, daß Bestimmungen in der Vorlage geeignet sind, die Möglichkeit der Schikane ins Ungemessene zu erhöhen.

Von den sonstigen Reden ist noch erwähnenswert die des Agenten der Scharfmacher, Beumer, der politisch der nationalliberalen Partei angehört. Es gehört zu den Aufgaben dieser Leute, über die Gewerkschaften zu schimpfen, und Herr Beumer ist dieser Aufgabe gerecht geworden. Besonders schwere Vorwürfe richtete er diesmal gegen die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften wegen deren Verhalten bei dem Streik auf „Rote Erde“. Als Herr Beumer sich ausgeschimpft hatte, wurde — auf Antrag des Zentrums — die Debatte geschlossen und das Zentrumsmittglied Wiesberts so um die Gelegenheit gebracht, die Angriffe gegen die Zentrumsgewerkschaften auf der Stelle zurückzuweisen.

Die Vorlage geht nunmehr an eine Kommission, und wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht auf der Hut ist, dann kommt ein Gesetz zustande, welches die Lebensfähigkeit der Gewerkschaften auf das ernsteste bedroht.

Die Belastung durch Reichs- und Staatsschulden. Die deutsche Reichsschuld hatte am 1. April 1905 die Höhe von 8203 Millionen Mark erreicht. Es kam also auf den Kopf der Bevölkerung eine Belastung von 56,82 M. Hierzu treten noch die Landesschulden, die in den wichtigsten Einzelstaaten folgende Durchschnittshöhe pro Einwohner aufwiesen:

Preußen	209 M.
Bayern	267 "
Sachsen	229 "
Württemberg	247 "
Baden	288 "
Hessen	327 "
Sachsen-Anhalt	21 "
Hamburg (Staat und Stadt)	681 "
Bremen	858 "
Lübeck	485 "

Von 0 bis 10 M. Schulden pro Einwohner hatten Meuß a. L., Sachsen-Meiningen, Lippe, Meuß j. L. und Sachsen-Weimar; über 10 bis 20 M.: Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Sonderhausen, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz; über 20 bis 100 M.: Waldeck, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt; über 100 M.: Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin.

Bei weitem die höchsten Schuldbeträge pro Einwohner weisen wie ersichtlich die freien und Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck auf. Ein Vergleich mit denen der anderen Bundesstaaten ist hier jedoch nicht ohne weiteres möglich, da diese Schulden teilweise kommunaler Natur sind, dann aber auch in den gewaltigen Ausgaben dieser Staatswesen für Wasser- und Hafenbauten begründet sind. In Lübeck steht außerdem, abgesehen von dem Besitz an Domänen, Forsten und Betriebsanstalten, den Schulden noch ein Kapitalvermögen von rund 200 M. auf den Kopf der Bevölkerung gegenüber. Auch bei der Betrachtung der Schulden der übrigen Staaten ist natürlich der Besitz an Domänen, Eisenbahnen usw. zu berücksichtigen. Nur beim Reich entspricht den Schulden fast kein Vermögen; sie sind nahezu gänzlich unproduktiver Natur. Am glücklichsten sind die Untertanen Heinrich des Soudenpötteken von H. u. A. L. daran: ihre Staatsschulden betragen gleich Null.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Bleicherode wird hierdurch anttagsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar 1907 einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Der Verband der Korfschneider und Sortiererinnen in Dänemark (Korkskaerer og Sortererernes Fagforening) hat ab 1. Dezember d. J. mit unserem Verband einen Kartellvertrag abgeschlossen, welcher den gegenseitigen Übertritt der Mitglieder und deren Unterstützung auf der Reise in gleicher Weise regelt, als dies durch die früher mit anderen ausländischen Verbänden bereits abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge geschehen ist. Gegenwärtig bestehen solche Verträge mit folgenden Verbänden:

1. Verband der Holzarbeiter Österreichs.
2. Verband der Ungarländischen Holzarbeiter (Magyarországi Famunkások Szövetsége).
3. Schweizerischer Holzarbeiterverband.
4. Verband der Tischler in Dänemark (Snedkerforbundet i Danmark).
5. Verband der Vergolder in Dänemark (Forgylderforbundet i Danmark).
6. Verband der Korfschneider und Sortiererinnen in Dänemark (Korkskaerer og Sortererernes Fagforening).

Die Mitglieder dieser sechs ausländischen Bruderverbände erhalten, sofern sie mindestens 52 Beiträge entrichtet haben, auf der Reise in Deutschland eine Reiseunterstützung von 2 Pf. pro Kilometer, jedoch nicht mehr als 1 M. pro Tag und höchstens 80 M. innerhalb zwölf Monaten, wobei die im Ausland bezogene Unterstützung mit eingerechnet wird. Bei dieser Aufrechnung wird 1 Krone Dänemark Österreich

Ungarn) und 1 Frank (Schweiz) gleich 1 M. gerechnet. Zum Unterschied von den Mitgliedern unseres Verbandes ist den ausländischen Mitgliedern stets eine weiße Reiseligitimation auszustellen. Beim Übertritt solcher Mitglieder in den Deutschen Holzarbeiterverband erhalten dieselben ein deutsches Mitgliedsbuch, während das ausländische zur Aufbewahrung an die Hauptkasse einzusenden ist. Mitglieder anderer ausländischer Verbände als der obengenannten haben auf eine Unterstützung in Deutschland keinen Anspruch.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht veräußert. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 61170 Albin Herold, Maschinenarbeiter, geb. 27. 12. 73 zu Stützengrün.
 - 67426 Otto Reinhardt, Drechsler, geb. 15. 1. 81 zu Wilsdruff.
 - 78224 Fritz Kennemann, Tischler, geb. 80. 10. 73 zu Hannover.
 - 120245 Karl Kuchli, Tischler, geb. 12. 9. 78 zu Gumbelstingen.
 - 175747 Hermann Bösche, Tischler, geb. 8. 7. 82 zu Schweicheln.
 - 189780 Karl Runze, Tischler, geb. 4. 6. 74 zu Pillau.
 - 246491 Erwald Kastner, Tischler, geb. 9. 10. 80 zu Königsberg.
 - 248280 Friedr. Waible, Tischler, geb. 22. 12. 84 zu Nürtingen.
 - 281870 Georg Staub, Tischler, geb. 18. 2. 81 zu Neu-Isenburg.
 - 307194 Bachus Hartwig, Tischler, geb. 20. 1. 86 zu Winsen.
 - 322678 Wilhelm Bohlen, Tischler, geb. 14. 6. 75 zu Drielsack.
 - 346751 W. Engenberger, Tischler, geb. 23. 8. 87 zu Dörschleben.
 - 348176 Fritz Geiger, Tischler, geb. 6. 6. 86 zu Freudenstadt.
- Stuttgart, Adlesstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Frankfurt a. M. Das Bureau des Gauvorstandes ist nach Allerheiligenstraße 51 I verlegt worden. Wir ersuchen, sämtliche Sendungen jetzt dorthin zu adressieren. Der Gauvorstand. J. H. G. Buckendahl.

Korrespondenzen.

Berlinchen. Die am 19. November geplante öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Pattloch referieren sollte, konnte leider nicht stattfinden, da am hiesigen Orte kein Lokal zu bekommen war. Es kam nur zu einer Besprechung unter den organisierten Kollegen, bei welcher der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß es nützlich wäre, wenn jemand am Orte anständig sei, der unabhängig von den Unternehmern ist, um ungehindert für den Verband zu agitieren. Ferner wurde über die am 28. und 29. Dezember d. J. stattfindende Stuhlbaureferenz zu Dresden gesprochen. Da es nicht möglich ist, von hier Delegierte zu senden, so wurde Kollege Pattloch, da er die hiesigen Verhältnisse genau kennt, beauftragt, die Stuhlbaureferenz zu vertreten.

Brandenburg a. S. Die Kollegen der Brandenburger Glanzrohrmüllfabrik, Inhaber Adolf Schmidt, haben in letzter Zeit sehr über inhumane Behandlung des Firmeninhabers zu klagen. Wiederholt mußten die Kollegen in Werkstattversammlungen dazu Stellung nehmen, erst vor kurzem mußten wir uns in einem Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 45) mit der genannten Firma beschäftigen. Es war in dem Artikel auch davon die Rede, daß Herr Schmidt den Beschäftigten der Werkstattungen großes Unrecht angetan hat, und daß er einen jugendlichen Arbeiter zum Verräter an seinen Kollegen zu gezwungen hat, der es aber eifrigemweise abgelehnt hat, diese Rolle zu übernehmen. Es wurde in dem Artikel schon darauf hingewiesen, daß es der Firma überlassen bleibt, eine andere Person ausfindig zu machen, welche zum Verräter an den Kollegen wird. Dieses ist der Firma anscheinend nicht sehr schwer gefallen; ein bisheriges Mitglied des Holzarbeiterverbandes, Hermann Mensdorf ist sein Name, auch Mitglied der Werkstattkommission, konnte es anscheinend nicht über sich gewinnen, nicht zum Verräter an seinen Kollegen zu werden, indem er — schwächte. Der Sache liegt folgender Tatbestand zugrunde: In einer Werkstattigung beschäftigten sich die Kollegen mit den von der Firma bereits anerkannten Arbeitsbedingungen und verlangten eine korrekte Durchführung derselben, als da sind: 1. geregelte Arbeitszeit; 2. Anfertigung neuer Muster durch einen der Firma beliebigen Arbeiter in Stundenlohn; 3. Regelung der Preise, bei denen es den Kollegen nicht möglich ist, den vereinbarten Lohn zu verdienen; 4. Beseitigung der Überstunden; 5. Beseitigung des Rechnens nach Klassen. Die Firma hatte wiederholt ungelerten Arbeitern für gleiche Arbeit niedrigere Preise gezahlt! Die Kollegen trugen der Firma durch eine Kommission ihre Wünsche vor, und erklärte sich die Firma nach längerem Verhandeln bereit, der Forderungen Rechnung zu tragen, nur in betreff der Überstunden wollte sie etwas Zugeständnisse haben von Seiten der Kommission. Hierzu war letztere nicht in der Lage. Kurze Zeit darauf ließ sich die Kommission verleiten, bei einem Muster, welches von Seiten des jetzigen Meisters zur Festsetzung des Preises angefertigt werden sollte — was der Meister aber umständehalber nicht konnte —, die Preise entgegen den Beschlüssen der Werkstattigung doch wieder schätzungsweise festzusetzen. Die übrigen Kollegen protestierten dagegen; sie verlangten von dem Meister, daß er die Arbeit fertig mache. Selbiger machte nun dem Chef hiervon Mitteilung, und dieser wieder kam erregt in die Fabrik und soll nach Aussage der Kollegen eine Redewendung gebraucht haben, die die Kollegen als Beleidigung auffaßten und zum Teil auf sich bezog. Die Kommission bezog; er sollte auch Pfuscher sein, was ausgesprochen haben. Die Kollegen stellten nun in einer Werkstattigung das Verlangen, die Firma solle die gefallenen Ausdrücke zurücknehmen. Einiges Verwaltungs-

mitglieder sowie die bisherige Kommission wurden beauftragt, mit der Firma diesbezüglich zu verhandeln. Der Firmeninhaber gab die Ausdrücke zu, will dieselben aber in anderer Form gebraucht haben, und stellte schließlich das Spucken entschieden in Abrede. Da es uns nicht möglich war, den Gegenbeweis zu erbringen, mußten wir uns hiermit zu Frieden geben und erstatteten den Kollegen in dieser Weise Bericht. Da aber keiner der Kollegen der Firma gegenüber dieses vertreten wollte, obgleich die Kollegen nach wie vor ihre Behauptung aufrechterhielten, einigten sich die Kollegen dahin, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Nun war allerdings die Sache erledigt gewesen, wenn nicht die Firma veranlaßt durch den Meister Grahl, auch ein früheres eifriges Verbandsmitglied, welcher sich anscheinend durch derartige Machinationen seine Stellung besonders befestigen will, sich die Sache nochmals zu eigen gemacht hätte, indem sie einen der Kollegen ins Kontor rufen ließ. Hier wurde dem Kollegen die Frage vorgelegt, ob er die Behauptung bezüglich des Verhaltens des Firmeninhabers aufrechterhalte; der Kollege stellte es zunächst in Abrede, daß er den Chef des oben beschriebenen Verhaltens beschuldigt, es mußte erst von Seiten der Firma der Beweis hierfür erbracht werden. Nun nannte Herr Schmidt den oben angeführten Namen; es fand darauf noch eine längere Aussprache zwischen dem Kollegen und Herrn Schmidt statt, und sollte hiermit die Sache als erledigt gelten. Zwei Tage später, als der Kollege seine Arbeit fertig hatte, wurde er entlassen mit der Begründung, daß die Firma solche Leute nicht mehr beschäftigen wolle. Am Tage zuvor wurde schon ein anderer Kollege, Mitglied des Metallarbeiterverbandes, anscheinend aus denselben Gründen (von der Firma wurde als Grund der Entlassung Arbeitsmangel angegeben) entlassen. Die Kollegen können aber den Grund als nicht den Tatsachen entsprechend ansehen, zumal jetzt die Firma von den übrigen Kollegen verlangt, daß sie Überstunden machen sollen; die Kollegen fassen vielmehr die ganze Sache als eine Maßregelung auf und wird die Organisation inzwischen mit der Firma ein ernstes Wort reden. Die Kollegen der Korbmacherei, speziell der Gestellbranche, ersuchen wir dringend, den Betrieb zu meiden.

Cottbus. Die im Sommer hier stattgehabte Lohnbewegung hat zum Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgebern der Tischlereien und einigen anderen Holzbearbeitungsfabriken und unserer Organisation geführt. Wie nach jedem Kampfe, so versuchen auch hier einzelne Arbeitgeber die getroffenen Vereinbarungen in irgend einer Weise zu umgehen. So werden zum Beispiel, weil am Orte die Lohnarbeit fast ausschließlich durchgeführt ist, solche Kollegen, welche auf Grund der Ergründungen der Lohnbewegung einen höheren Stundenlohn haben, nach Möglichkeit durch andere zum Minimallohn eingestellte Kollegen ersetzt. Des weiteren mehrten sich die Fälle, in welchen Kollegen das Gewerbegericht in Anspruch nehmen müssen, um zu ihrem verdienten Lohne zu kommen. Der Rekord hierbei dürfte der Firma Kieger, Sofagestellfabrik, zufallen. Erst neulich mußte wieder ein Kollege (der noch obenrein Überstunden machte) ohne Lohn abziehen, nicht einmal das Kostgeld konnte er bezahlen. Ein anderer von der Verwaltung beauftragter Kollege vertrat die Forderung vor dem Gewerbegericht. Es kam ein Vergleich auf 25 M. zustande. Ein mit der Einziehung des Geldes beauftragter Gerichtsvollzieher ersuchte vorher um 8 M. Kostenvorschuss, weil — wahrscheinlich nichts zu holen sein wird. Hauptsächlich sind es junge Kollegen, welche den Vorkursen dieser Firma zum Opfer fallen. Aber auch in anderen Betrieben bedarf es der größten Aufmerksamkeit, um Übergriffe der Unternehmer oder Angestellten zurückzuweisen. Am 1. April resp. 1. Juli nächsten Jahres wird die Arbeitszeit tarifmäßig auf wöchentlich 55 Stunden herabgesetzt (Marby & Geis) haben schon jetzt den Neunstundentag). Da ist es begreiflich, wenn einzelne Arbeitgeber bestrebt sind, möglichst viel überschüssige Arbeitskräfte heranzuziehen, um eine gewisse Reservearmee zu haben. Im allgemeinen ist hier kein Mangel an brauchbaren Arbeitskräften, wohl aber fehlt es an brauchbaren Arbeitgebern. Am sicher zu gehen, dürfen zureisende Kollegen aus dem Ausland nicht annehmen.

Dresden. (Modellfischer.) Am 18. November fand hier im Volkshaus eine öffentliche Modellfischer-Versammlung statt, in welcher ein Kollege von der Zentralkommission in Magdeburg über die Lage der Modellfischer sprach. Er führte den Kollegen durch viele Beispiele vor Augen, daß es sehr wohl möglich ist, durch festes Zusammenhalten bessere Verhältnisse einzuführen. Eine Verbesserung der Lage der Modellfischer ist aber durchaus nötig, da es bei den immerwährenden Preissteigerungen der wichtigsten Lebensmittel bald nicht mehr möglich ist, mit den bestehenden Löhnen auszukommen. Da auf ein freiwilliges Entgegenkommen der Unternehmer nicht zu rechnen ist, müssen sich die Kollegen organisieren, um, gestützt auf den Deutschen Holzarbeiterverband, ihre Interessen zu vertreten. Hier in Dresden sind die Verhältnisse unter den Kollegen im Laufe dieses Jahres ein wenig bessere geworden, doch haben wir es auch hier noch mit vielen indifferenten Kollegen zu tun, welche glauben, sie haben es nicht nötig, sich der Organisation anzuschließen. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß unser Arbeitsnachweis sich im Volkshaus, Ritzbergstr. 2, befindet. Das Umschauen ist unter allen Umständen zu unterlassen.

— (Stellmacher.) In unserer am 24. November abgehaltenen Branchenversammlung sprach der Vorsitzende der Zentralkommission der Stellmacher Deutschlands, Kollege Hübel, über die industrielle Entwicklung und die Lage der Stellmacher Deutschlands und erntete für seinen lehrreichen Vortrag lebhaften Beifall. Nun gilt es aber, die empfangenen Lehren für uns praktisch auszunutzen; dazu gehört vor allem, daß die Versammlungen und Werkstattbesprechungen noch viel fleißiger besucht werden. Es kann durchaus nicht genug sein, daß man seine Beiträge bezahlt, auch sich hier und da einmal in der Versammlung sehen läßt; es gilt zu arbeiten! Haben wir doch immer noch so ziemlich die längste Arbeitszeit. Wir müssen danach streben, dieselbe zu verkürzen, um uns an die Seite der anderen im Holzarbeiterverband organisierten Kollegen stellen zu können. Desgleichen gilt es aber auch, die bei der letzten Lohnbewegung erreichten Bedingungen hochzuhalten, um so die Bahn frei zu machen zu einem neuen Vorstoß, der uns wiederum unseren Zielen einen Schritt näher bringen muß. Darum seid einig, fehle keiner ohne Not in den Versammlungen, dann hilft jeder arbeiten zum Wohle des Ganzen.

Dresden. Die Stuhlbauproduzenten in der am 28. November tagenden Versammlung Stellung zur geplanten Konferenz. Zunächst wurde verwunderung ausgesprochen darüber, daß die Kollegen der eigentlichen Stuhlbezirke nicht sofort zur Aufforderung des Vorstandes in der Zeitung Stellung genommen haben. Für Dresden kommt eigentlich die Stuhlindustrie wenig in Frage. Der Hauptbetrieb Türpe beschäftigt unter 156 Arbeitern fast nur Ungerlernte und Frauen. Fabriziert werden Stühle aus massiv gebogenem Holz. Weiter sind noch rund 50 Stuhlbauproduzenten in den verschiedensten Betrieben beschäftigt, sowie 47 Stuhlpolierer bei Händlern. Positive Vorschläge zur Tagesordnung sind nicht gemacht worden. Am notwendigsten hält man, daß durch eine genaue Statistik überhaupt erst die Verhältnisse und der Umfang der Stuhlindustrie erforscht wird. Als Delegierter wurde Kollege Schneider gewählt. Den Antrag auf Auflösung der Sektion der Polierer ersuchte Kollege Lauter fallen zu lassen. Die Sektion der Polierer, der doch nur die Stuhlpolierer angehören, sei dahin zu erweitern, daß eine solche der Stuhl- und Stuhlmöbelarbeiter geschaffen werde. Diese Angelegenheit wird in der nächsten Versammlung endgültig erledigt werden.

Auch die Dresdener Drechsler haben Stellung genommen zu dem von den Leipziger Kollegen erlassenen Aufruf betreffend einer Drechslerkonferenz. Auch wir haben uns einstimmig für Abhaltung einer solchen erklärt. Der Gedankengang der Aussprache ist folgender: Man kann Gegner oder Befürworter einer Konferenz sein, eins steht dabei fest, eine Zentralkommission, wo die Fäden zusammenlaufen, ist notwendig. Es fragt sich nun, kann dieselbe durch die Zeitung geschaffen werden? Wir sagen, dies ist nicht möglich. Aber möglich ist und auch von richtigem Wert, eine Aussprache über diese Frage auf einer Konferenz herbeizuführen. Bei der rapiden Entwicklung unseres Verbandes ist es dem Hauptvorstand nicht mehr möglich, die Interessen der einzelnen Berufe so zu vertreten, wie es nötig ist. Wenn auch von einigen Zahlstellen gesagt wird, man solle nur tüchtig agitieren, so würde man auch ohne Konferenz etwas erreichen, so muß man sich doch fragen, warum hat sich von allen Zahlstellen, welche für eine Konferenz sind, früher keine offen herausgewagt? Die Modellistischer sind mit dem Erfolg ihrer Konferenz voll und ganz zufrieden. Also, Kollegen allerorts, tretet heraus an die Öffentlichkeit, gebet euren Gedanken Ausdruck und tretet ein für eine Konferenz. Wie wäre es denn, ihr Leipziger Kollegen, wenn ihr einstweilen die Zentralkommission übernehmen würdet?

Kaiserslautern. Die kürzlich beendete Lohnbewegung benutzt der Christliche Holzarbeiterverband, um Mitglieder für sich zu gewinnen. Im Organ des Christlichen Holzarbeiterverbandes plagt sich ein Taschenspieler damit ab, den Holzarbeitern die Notwendigkeit, des Vorhandenseins des Christlichen Holzarbeiterverbandes zu beweisen. Hiesige Lokalblätter stehen den Christlichen hilfreich zur Seite und schmieren ganze Spalten voll über den „unfähigen sozialdemokratischen“ Holzarbeiterverband. Daß der Deutsche Holzarbeiterverband vollständig ohnmächtig ist, wollen sie in weiteren Enthüllungen beweisen. Vorläufig wollen sie noch Rücksicht wahren lassen. Wir können vor Neugierde kaum die Dinge erwarten, die da kommen sollen. Daß die Christlichen gezwungen sind, sich mit uns in der Öffentlichkeit zu beschäftigen, liegt in den „Ereignissen der letzten Tage“. Die hiesige Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes soll da den Christlichen besondere Veranlassung dazu gegeben haben. Daß sich die Christlichen jetzt so gedrückt fühlen, ist ihre eigene Schuld. Der Holzarbeiterverband hatte die Absicht, die letzte Lohnbewegung gemeinsam mit den übrigen Verbänden einzuleiten, weil noch ein sehr großer Teil unorganisiertem Arbeiter vorhanden ist. Von der Bewegung wurde der Vorsitzende des christlichen Verbandes durch unseren Bevollmächtigten persönlich in Kenntnis gesetzt. Der Vorsitzende des christlichen Verbandes erklärte aber, er wisse nicht, wie es mit ihrer Organisation am Orte stehe, er selbst könne sich verhältnismäßig nicht darum kümmern, und sonst ist auch niemand da. Auf Grund dessen wurde nur der Gewerkschaftsverein zu den Vorarbeiten hinzugezogen. Als die Forderungen an die Unternehmer eingereicht waren, hatten die Christlichen nichts Giltigeres zu tun, als auf „höhere Weisung“ hin ebenfalls den Unternehmern Forderungen zuzustellen. Die Unternehmer sahen daraus, daß sich die Organisationen nicht einig sind, und verhielten sich auch danach. Hierauf ist es zum Teil zurückzuführen, daß bei der Lohnbewegung nicht alles erreicht wurde, liegt daran, daß die größte Zahl der hiesigen Holzarbeiter unorganisiert ist. Und das muß anders werden. Die jahrelange Gleichgültigkeit ist daran schuld, daß nur vereinzelt eine 59stündige Arbeitszeit besteht, während in den meisten Betrieben 60 bis 64 Stunden wöchentlich bei äußerst niedrigen Löhnen gearbeitet wird. Die schlechte Behandlung seitens einzelner Vorarbeiter und Unternehmer kann nur verhindert werden, wenn die Kollegen in der Organisation einen Rückhalt finden. Selten wo werden in einer Industriestadt von der Größe wie die unsrige so niedrige Löhne bezahlt, wie es hier der Fall ist. Überall haben die Arbeiter durch den Verband eine Verbesserung ihrer Verhältnisse erreicht. Die letzte Lohnbewegung ist die Grundlage, auf der weitergebaut werden soll. Kollegen, schließt euch dem Deutschen Holzarbeiterverband an und besucht unsere Versammlungen. Erfüllt jeder Kollege seine Pflicht, dann ist die Zeit nicht fern, in der auch für die hiesigen Kollegen ein besseres Arbeitsverhältnis herbeigeführt werden kann. Kollegen, ihr habt die Wahl, entweder weiter zu hungern bei schwerer Arbeit oder euch dem Holzarbeiterverband anzuschließen und mit ihm bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Entscheidung kann euch nicht schwer fallen.

Lauterberg am Harz. Recht eigenartige Zustände haben sich in einigen Stuhlfabriken bezüglich der Überzeitarbeit herausgebildet. Laufen die Aufträge bei den Fabrikanten etwas lebhafter ein, dann wird einfach „besohlen“, länger zu arbeiten. Dagegen hat man keinerlei Bedenken, zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten den ganzen Betrieb bis zu 8 und 10 Tagen stillzulegen. Ob die Arbeiter während dieser Zeit mit ihren Familien etwas zu Essen haben, danach fragen die „Herren“ der Stuhlfabriken natürlich nicht. Wenn unter solchen Umständen gelegentlich selbst die Kammergebäude der hiesigen Stuhlarbeiter nicht mehr ausreicht und die Arbeiter eines Betriebes dann einmal geschlossenen Feierabend machen, trotz des „Befehls“ zum Überzeitarbeiten, da

wundern sich dann die Herren Fabrikanten und setzen wohl auch (wie es kürzlich geschehen ist) Belohnungen aus auf die Ergreifung des „Hetzers“, der die Leute zum Feierabendmachen veranlaßt haben soll. Wollten die Fabrikanten endlich einmal einsehen, daß auch die Lauterberger Arbeiter aus ihrem langen Schlaf erwacht sind und nunmehr verlangen, als Mensch behandelt zu werden, so ließe sich manche Differenz viel leichter und einfacher erledigen und die Herren bräuchten ihre Lungen nicht so anzustrengen, daß selbst alte, in der Fabrik ergraute Männer über solche Löhne den Kopf schütteln. Den Arbeitern Lauterbergs aber müssen die Vorkommnisse der letzten Zeit wieder ein Ansporn sein, in der Agitation für den Verband nicht zu erlahmen. Seit der in diesem Sommer um ein Nichts angeklindigtes Aussperrung schreitet die Organisation unaufhaltsam vorwärts; aber noch stehen uns einige Kollegen fern, die zu gewinnen unsere heiligste Aufgabe sein muß. Gehen wir gemeinsam ans Werk, auch den letzten Indifferenten über unsere Ziele aufzuklären und ihn der Organisation zuzuführen. Dann wird auch bald der Übermut der hiesigen Fabrikanten schwinden, und werden auch sie einsehen lernen, daß sie es mit freien, denkenden Männern zu haben und nicht mit Schulbuben oder Rekruten. Wollen wir aber gemeinsam in der Agitation wirken, dann ist immer noch ein besserer Besuch der Versammlungen notwendig, damit wir unter uns eine engere Fühlung haben und jeder einzelne von allen Vorkommnissen in der Organisation genau unterrichtet ist. Die nächste Versammlung findet Sonnabend den 8. Dezember in der „Schweiz“ statt und wird eine äußerst reichhaltige Tagesordnung haben.

Nadolitzell. Der Winter ist gekommen; merkt man das auch noch nicht an der Witterung, so merkt man es doch an Benehmen der Schreinermeister. Einer dieser Herren erlaubte sich, seinen beiden Arbeitern für die letzten vierzehn Tage, ohne vorher ein Wort zu sagen, dem einen 8 Pf., dem anderen 4 Pf. am Lohne abzuziehen; zugleich schrieb er auf das Zahltagtäfelchen die Kündigung. Am Montagmorgen sprach der Bevollmächtigte der hiesigen Zahlstelle bei ihm vor, machte den Meister auf das Ungeheuerliche seiner Handlungsweise aufmerksam, worauf der Herr endlich sich bezuglos sah, den Rest des Lohnes nachzahlte; er willigte auch in die sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses ein, da unsere Kollegen für einen Lohn von 82 bzw. 88 Pf., und das noch außerhalb, nicht arbeiten wollten und konnten. Es ist hier unmöglich, mit solchen Löhnen auszukommen. Trotz dem chronischen Arbeitermangel werden Kollegen, welche sich durch politische und gewerkschaftliche Tätigkeit unbesteht gemacht haben, nicht eingestellt. Auch die Glasermmeister haben Mangel an Arbeiter und suchen deshalb in Schwarzwälder und Münchener christlichen Zeitungen Gesellen, besonders auch Schreiner. Wir warnen die Schreiner, hierherzukommen, denn würden die Glasermmeister ihre Leute besser behandeln, dann hätten sie Glasergesellen genug.

Staufen i. Breisgau. Am 28. September fand hier eine ziemlich gut besuchte Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Christmann den Anwesenden den Nutzen und die Bedeutung einer starken Organisation vor Augen führte. Die Worte des Redners hatten guten Erfolg. Nachdem schon längere Zeit einige Einzelmitglieder vorhanden waren, wurde nun die Errichtung einer Zahlstelle beschlossen. Dem Eifer einiger Kollegen war es gelungen, auch hier die Grundlage für eine Organisation zu schaffen; nun wird es Pflicht aller Mitglieder unserer jungen Zahlstelle sein, nicht zu ruhen, bis alle Kollegen für den Verband gewonnen sind. Dies nun so mehr, als die Lohnverhältnisse in hiesiger Gegend noch sehr traurige sind. Es haben sich nun auch, nachdem am 5. November eine zweite öffentliche Holzarbeiterversammlung stattgefunden, in welcher Gauvorfischer Haupt-Stuttgarter einen Vortrag hielt, wieder mehrere Kollegen dem Verband angeschlossen. Aber es wird noch viel Mühe kosten, um auch die Kollegen aus dem benachbarten Münsfertal für die Organisation zu gewinnen, es agitieren dort mehrere Wärfenfabriken, in welchen kein einiger Arbeiter organisiert ist. Wir wollen uns aber durch keine Scheuigkeit scheiden lassen und nachlässig arbeiten an der Lösung unserer Lage.

Stettin. Die Versammlung am 25. November, in welcher Kollege Bauer aus Magdeburg über die gegenwärtige Lage und die nächsten Aufgaben des Deutschen Holzarbeiterverbandes sprach, war nicht so gut besucht, wie man es hätte erwarten sollen. Einen zahlreichen Besuch der Versammlungen und ein einiges Hand in Hand arbeiten haben aber die Kollegen gerade in der gegenwärtigen Zeit besonders nötig. Es ist doch bekannt, daß sich unsere Arbeitgeber dem Schutzverband angeschlossen haben, sie fühlen sich dadurch gestärkt und glauben, auf die Arbeiter keine Rücksicht nehmen zu müssen. Solange diese dem Verband gleichgültig gegenüberstehen, haben die Unternehmer recht. Daraus folgt, daß die Kollegen einmütig zusammenstehen müssen; die Versammlungen müssen von den Kollegen regelmäßig besucht werden, damit die Möglichkeit gegeben ist, unsere Interessen wirklich wirksam zu vertreten. Unsere Lage läßt viel zu wünschen übrig, und eine Verbesserung tut dringend not; sie wird aber nur eintreten, wenn wir einig und geschlossen vorgehen.

Zeig. (Drechsler.) In unserer letzten Sektionsversammlung haben wir uns abermals mit der geplanten Drechslerkonferenz befaßt. Sehr aufgebracht waren die Kollegen über das Schweigen des Verbandsvorstandes zu dieser Frage. In verschiedenen Versammlungsberichten der Drechsler ist der Vorstand direkt veranlaßt worden, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Aber was ist geschehen, rein gar nichts. Der Breslauer Kollege, der seine Stimme recht scharf gegen den Vorstand erhob, scheint bald recht zu haben von wegen den „Dichtkärtern“. Ober den Vorstand, durch das Schweigen lasse sich die Sache aus der Welt schaffen? Wir glauben nicht daran, und hoffen, daß der Vorstand auch nicht. Gerade jetzt, in der Zeit, wo sich für einen Teil der Drechsler der neue Stil recht unliebsam bemerkbar macht, da wäre es an der Zeit, sich zusammen zu tun und eine Aussprache herbeizuführen über die Maßnahmen, die notwendig sind, um die Lage der Drechsler zu bessern. Wie gleichgültig aber selbst unsere eigenen Kollegen dieser Frage gegenüberstehen, geht daraus hervor, daß nur recht wenig Sektionen von den vielen, die wir haben, bis jetzt Stellung zu der Konferenz genommen haben. Denken die Kollegen, daß für die Drechsler alles verloren ist? Nur enger Zusammenschluß tut uns not und jeder einzelne muß mit agitieren. An den

Verbandsvorstand aber richten wir das Ersuchen, doch seine Meinung den Kollegen nun einmal zu unterbreiten, dieses ist der Wunsch unserer Kollegen am Orte. — Öffentlich wird's bald.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugung!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugung ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Braunschweig, Halberstadt, Hocht a. Main, Liegnitz (Krauthahn), Lübeck, Magdeburg (Mundlos & Co.), Schlichtern, Solingen (Fischer), Weipheim (Schaab), Zürich;
- Flavierarbeitern und Tischlern nach Berlin (Well & Cie.), Schwerin (Hospianoortefabrik Gebrüder Perzina), Stuttgart;
- Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lauterbach, Lübeck, Pyrmont;
- Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Geringswalde, Gartha, Reisking, Schweikershain, Waldheim;
- Barfiebhaber nach Lübeck;
- Drechslern nach Berlin (Walter, Sklanie, Panitsch);
- Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Luckenwalde (Spulensabrik Lange);
- Stellmachern und Tischlern nach Verdau (Waggonfabrik);
- Parfüm- und Drechslern nach Berlin;
- Rammern nach Berlin;
- Wärfenmachern nach Berlin (Zinnungsnachweis), Schönheide;
- Pantinenmachern nach Zehdenick (Käppel);
- Knopfmachern und Bekleidungsarbeitern nach Berlin;
- Modellistischer nach Dortmund (Reih);
- Bergolbern nach Lauterbach, Budapest;
- Korbmachern nach Utenlande (S. Prigge), Brandenburg a. S. (Adolf Schmidt), Liegnitz (Wommert).

In Amberg (Oberpfalz) betreibt seit drei Jahren die Firma Schmidt & Co. eine Kehl- und Goldbleistiftfabrik. Um die Fabrik in Schwingung zu bringen, hat sich die Firma im Anfang tüchtige Arbeitskräfte von Flirt verschafft, die auch anfänglich bezahlt wurden und es fertig brachten, daß die wöchentliche Arbeitszeit auf 57 Stunden verkürzt wurde. Mit der Zeit hat man an den Kehlmaschinen und Preisstücken Arbeiter angelernt, die nahezu um die Hälfte der früher bezahlten Löhne arbeiten mußten. Aber nicht genug damit, es wurde die Arbeitszeit um drei Stunden verlängert und durch die Antreiberei mehr als früher bei höheren Löhnen geleistet. Daß sich dadurch die Unfälle vermehrten, ist begreiflich. Mißstände verschiedener Art traten immer mehr hervor. Der Arbeiterausschuß sah sich gezwungen, vorstellig zu werden. Der Firmeninhaber, Herr Schmidt, versprach Abhilfe. Sten zu kam noch, daß weibliche Arbeitskräfte eingestellt wurden, denen wöchentlich 8 Mk. Lohn versprochen waren. Auch in diesem Falle mußte der Arbeiterausschuß eingreifen, um den Frauen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Durch das öftere Vorstelligwerden kam Herr Schmidt so in Erregung, daß er in einem Falle dem Arbeiterausschuß die Löhre wies. Nunmehr wurde ein Vertreter der Organisation beauftragt, mit Herrn Schmidt Rücksprache zu nehmen. Dieser gab zu, daß die Löhre niedrig sind, aber im allgemeinen würde in Amberg nicht besser bezahlt, er sei jedoch nicht abgeneigt, in der folgenden Woche eine Aufbesserung einzutreten zu lassen. Als jedoch bis zum Wochenschluß nichts geschah, wurde Herr Schmidt in höflicher Form daran erinnert. Die Antwort hierauf an den Arbeiterausschuß lautete: Wer bis Montagmittag nicht seinen Austritt aus der Organisation erklärt hat, ist entlassen. Als die Arbeiter trotzdem im Verband blieben, haben sämtliche Arbeiter ihre Karten erhalten. Die Firma hatte sich aber verrechnet und wohl eingesehen, daß der Schaden weit größer ist, wenn nicht bald eine Einigung zustande kommt. Dies ist gelungen, die Aussperrung dauerte nur eine Woche. Wenn auch die Aufbesserung nicht ganz den Wünschen der Arbeiter entspricht, so ist doch der Erfolg für uns ein um so größerer, weil sämtliche Arbeiter wieder an ihre Plätze kamen trotz der 10 bis 12 Streikbrecher. Möge die Arbeiterschaft Amberg's die Lehre daraus ziehen, daß nur durch eine starke Organisation etwas zu erreichen ist.

In Braunschweig dauert der Kampf bereits 22 Wochen, und beide Parteien behaupten ihre Position. Nach längerem passiven Verhalten (die letzte gemeinsame Kommissionssitzung war im August) hat die verflorenere Woche doch eine Wiederaufnahme der Verhandlungen gebracht. Der Durchschnittslohn, der bislang immer noch als undurchführbar bezeichnet wurde, kam doch in etwa zur Anerkennung, so daß jetzt nur noch die von uns aufgestellte Höhe desselben von den Arbeitgebern beanstandet wurde. Selbst die Arbeitgeber mußten zugestehen, daß es doch nun nicht so weitergehen könnte und ein Ausgleich im Interesse beider Parteien notwendig sei. Kam man in der am 26. November stattgefundenen Sitzung noch nicht zu etwas Greifbarem, so zeigte sich doch in der am 29. November abgehaltenen Sitzung, daß sich der Wunsch nach Frieden durchgerungen hatte. Die Meisterkommission legte uns den von ihrer Seite aufgestellten Vertrag zur Beschlusfassung vor, und zwar „als Letztes, was sie zu gestehen könnten“. Eine Versammlung der streikenden Kollegen besaßte sich mit dem Angebot und gab ihrer Meinung über die unbefriedigenden Zugeständnisse Ausdruck; jedoch in Anbetracht, daß die Grundforderungen: neunstündige Arbeitszeit und Einföhrung eines Durchschnittslohns zugestanden, sowie auch die Versicherung der Arbeitgeber, die sich widerstrebenden Arbeitgeber schon in die richtigen Bahnen zu weisen, erklärten dieselben ihre Zustimmung. Eine Generalversammlung der Zinnung soll das Ganze durch Beschluß sanktionieren. — Zugung ist nach wie vor fernzuhalten.

In Düsseldorf erreichten die Vergolder der Firma Conzen durch ihr Vorgehen eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde, ohne daß es zur Arbeitseinstellung gekommen ist.

In Höchst a. M. ist die Lohnbewegung der Schreiner um nach dreizehnwöchiger Dauer durch Vergleich beendet. Die Arbeitszeit wird bis 1908 auf 55 Stunden reduziert werden. Die Akkordpreise sind um wenige Prozente erhöht worden, ebenso sollen sämtliche Lohnarbeiter eine Lohn-erhöhung erhalten. Angesichts der Tatsache, daß immer mehr Streikbrecher in den einzelnen Betrieben hinzukamen, während andererseits die Polizei den Streikenden die größten Schwierigkeiten beim Postensehen bereitete, war es wohl taktisch das richtigste, diesen Kampf mit den in einigen Verhandlungen erreichten Vorteilen abzubringen. Mehr aber wie die Streikbrecher machte uns die Launusmöbelindustrie zu schaffen. Während man in Höchst streifte, wurde in Kellheim und den übrigen Launusindustriestellen mit Hochdruck gearbeitet und nach Höchst geliefert, so daß es einigen Fabriken möglich war, ihre Kundenschaft zu befriedigen. Obwohl die Zahlstellen Höchst und Kellheim im Frühjahr beschlossen, den Kampf gemeinschaftlich zu führen, so wurde dieses durch Umstände vereitelt, die wir hier aus taktischen Gründen nicht erwähnen wollen. Dieser Kampf hat aber auf das deutlichste bewiesen, daß bei Lohnbewegungen ein einheitliches Vorgehen in einem gleichen Arbeits- und Lohngebiet eine Notwendigkeit zur erfolgreichen Durchführung derselben ist. Der moralische Erfolg dieses Kampfes wird deshalb der Zusammenschluß des ganzen Launusgebietes in eine Zahlstelle sein, und dieser Tatsache und Notwendigkeit werden sich auch die Kollegen im Launus nicht mehr verschließen können. Intensiver kann dann die Agitation und Organisation einsehen zum erfolgreichen Gelingen für die Gesamtkollegenchaft. Unsere Kollegen haben in diesem Kampfe treulich zusammengehalten und gehen mit erhobenem Kopfe in die Fabriken hinein. Das beweist, daß die Mitglieder trotz dieses langen Kampfes schon darüber beraten haben, eventuell eine Erhöhung des Beitrags eintreten zu lassen, um die Kampffähigkeit der Zahlstelle schnellstens wieder herzustellen. Aber die Fabrikanten dürften wohl nach einem zweiten solchen Kampfe nicht gelikten, denn auch in ihren Reihen hat er böse Wunden geschlagen, und man wird sich wohl für die Zukunft, wenn wir den Unternehmern wieder mit Wünschen kommen, überlegen, ob man der Kriegstrompete einzeln so ohne weiteres folgen will. In die Kollegen allerorts richten wir die Bitte, Höchst bis auf weiteres zu meiden, da noch eine Anzahl Kollegen auf dem Pflaster liegen.

In Schönheide dauert der Streik der Bürstenmacher fort. Zwar ist mit der Firma Bley, die 70 Mann beschäftigt, eine Einigung zustande gekommen, die anderen Firmen weigern sich jedoch, billige Zugeständnisse zu machen. Zugug ist fernzuhalten.

In Schwerin ist der Streik der Klavierarbeiter bei der Firma Gebr. Bergina beendet worden. Die Kollegen mußten die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Da vorläufig nicht alle Kollegen untergebracht werden können, ist Zugug von Tischlern nach Schwerin auch weiter fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Die Schmerzen der Arbeitgeber-Zeitung.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ ist das Organ, welches die Unternehmerinteressen am rücksichtslosesten vertritt, und für welches die Arbeiter weiter nichts sind als Ausbeutungsprojekte, die sich widerspruchslos den Gelüsten der Unternehmer zu fügen haben. Wenn dieses Scharfmacherorgan einmal eine Lanze für einen Arbeiter bricht, dann kann man sicher sein, daß es sich um einen Menschen handelt, der die Interessen seiner Klassengenossen verraten hat. Im allgemeinen lassen uns die giftigen Ergüsse der „Arbeitgeber-Zeitung“ kalt, es dürfte aber für unsere Kollegen nicht uninteressant sein, gelegentlich an einem Beispiel zu sehen, wie die Waffen beschaffen sind, mit welchen das „Zentralblatt der Deutschen Arbeitgeberverbände“ gegen uns ankämpft.

In seiner letzten Nummer bringt es unter der Überschrift „Was die Genossen unter „Solidarität“ verstehen!“ einen Artikel, in welchem gezeigt werden soll, was für schreckliche Leute die Männer vom Holzarbeiterverband sind, die in „gemeingefährlicher und versteckter Art“ den § 155 der Gewerbeordnung umgehen, ohne dafür bestraft werden zu können. Es wird da dem staunenden Publikum ein Musterarbeiter vorgeführt, der keiner Organisation angehört, aber fleißig spart und sich, bei passender Gelegenheit, ein kleines Geschäft kauft, um mit dessen Ertrag seine Familie zu ernähren, wenn er einmal arbeitslos werden sollte. In diese Lage kommt er bald, denn der liebe Unternehmer, der diese Raubergeschichte der „Arbeitgeber-Zeitung“ erzählt, wirft seinen frommen Knecht Fridolin, der ihm sieben Jahre treu gedient hat, rücksichtslos aufs Pflaster, weil er sich, obwohl unorganisiert, doch „des lieben Friedens willen“, an der Mai-feier beteiligt hat. Diesen Terrorismusakt findet die „Arbeitgeber-Zeitung“ ganz in Ordnung, mit keiner Silbe wird der Unternehmer getadelt, der aus Solidarität mit seinen Mitschärfmachern seinen treuen Knecht dem Hunger preisgibt. Um so schärfer äußert sich die Entrüstung gegen die Arbeiter bei der Fortsetzung der Geschichte.

Der von seinem Unternehmer gemäßregelte Unorganisierte muß, da er sich von dem Ertrage seines Geschäftes allein nicht ernähren kann, nach Arbeit suchen, er findet auch solche, und zwar nimmt er Arbeit als Streikbrecher in einem gesperrten Betrieb. Darauf erhält er eine Postkarte, mit dem Kopf „Deutscher Holzarbeiterverband“ und der Unterschrift „Das Streikkomitee“. In dieser Karte, welche die „Arbeitgeber-Zeitung“ wörtlich abdruckt, wird der Arbeitswillige gebeten, von seiner Streikbrechertätigkeit abzulassen, andernfalls er sich der Gefahr aussetzt, daß sein Geschäft von der Arbeiterschaft boykottiert würde. — Dies der Sachverhalt, der die helle Entrüstung der „Arbeitgeber-Zeitung“ erregt. Das erwähnte Schriftstück liefert ihr den Beweis,

„daß die Genossen vor keiner Gewalttat zurückschrecken, wenn es gilt, einem Arbeitgeber die willigen Arbeitskräfte fern zu halten“.

Wann ist denn, so wird mancher Leser dieser Moritat fragen, die gruselige Geschichte passiert? Wo stecken denn diese schrecklichen Verbände, die einem armen Streikbrecher keine Waren abkaufen wollen? — Auf diese Frage gibt die „Arbeitgeber-Zeitung“ keine Antwort. Sie erzählt die Geschichte ohne Angabe von Zeit und Ort, wo sie sich zuge- tragen haben soll, und der Teufel soll den holen, der dem ollen ehrlichen Scharfmacherorgan nicht aufs Wort glaubt oder gar die Frechheit besitzt, seine Behauptungen nach- prüfen zu wollen.

Gesetzt aber, die unkontrollierbare Geschichte wäre wirk- lich wahr; sollten unsere Kollegen wirklich Ursache haben, sich ihrer zu schämen? Bis jetzt gibt es weder ein ge- schriebenes noch ein ungeschriebenes Gesetz, welches ehrliche Leute zwingt, Streikbrechern in ihrem Fortkommen behilflich zu sein. Wer zum Verräter an seinen Kollegen wird, erwirbt sich zwar die Liebe des Unternehmers, wenigstens für die Dauer des Kampfes, er wird auch von den Organen der Staatsgewalt unter die schützenden Fittiche genommen; aber auf die Achtung seiner Kollegen, die er verraten hat, kann er keinen Anspruch erheben, und noch viel weniger kann er erwarten, daß sie ihn unterstützen.

Komisch mutet uns die Entrüstung der „Arbeitgeber- Zeitung“ über diesen eigentlich ganz selbstverständlichen Vorgang an, derselben „Arbeitgeber-Zeitung“, die es voll- ständig in der Ordnung findet, daß die Unternehmer Tausende von Arbeitern brotlos machen, wenn in irgend einem Betriebe die Arbeiter mit dem Fabrikanten Differenzen haben, und die Gift und Galle speit, wenn ein Fabrikant es wagt, dem Auspeerrungsbeschlusse des Scharfmacher- verbandes zuwider zu handeln. — Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen um sich werfen.

Aus christlichen Gefilden. In den Gegenden, wo für die christlichen Gewerkschaften kein Boden vorhanden ist, und sie sich nur durch Streikbruch und Verrat halten können, sind sie unermüdet im Klagen über angeblichen Terrorismus, den sie erdulden sollen. Um diese Gesellschaft richtig kennen zu lernen, muß man sie auf ihrem Mutterboden in Rhein- land-Westfalen aufsuchen, wo sie in Reinkultur zu finden sind. Dort sind sie keineswegs die unschuldigen Lämmer, die kein Wasserlein trüben können, im Gegenteil, kein Mittel ist ihnen zu schlecht, wo es gilt, ihre Alleinherrschaft zu wahren. In letzter Zeit gelang es uns, in einer der finsternen Ecken Westfalens, in Gladbeck wieder Fuß zu fassen. Als nun eines Sonntags ein Mitglied der Ehrener Verwaltung unseres Verbandes mit mehreren Kollegen in Gladbeck zusammen- traf, waren sie sofort von christlichen Spionen umgeben, doch verloren diese gar bald die Spur des Edelwildes, das man zu jagen gedachte. Aber wozu ist man christlich organi- siert und erzogen, daß man sich nicht zu helfen wußte. Einige Tage darauf prangten in jenem Betrieb Gladbecks, wo die Kollegen beschäftigt sind, die sie gestattet hatten, ohne christ- liche Genehmigung einige Stunden beisammen zu sein an einem stillen Orte, so ganz geschaffen für christliche Denun- ziationszwecke, einige handschriftlich hergestellte Pamphlete gemeinster Art. Eines derselben, welches ziemlich unversehrt abgeliefert wurde, ist in unseren Händen. Doch wollen wir es uns versagen, diese Gemeinheiten hier wiederzugeben. Um den beabsichtigten Zweck auch sicher zu erreichen, hatte man sämtliche Kollegen namentlich aufgeführt. Doch die Urheber hatten sich getäuscht; ihrer Denunziationswut wurde ein gehöriger Dämpfer aufgesetzt, als der Meister des Betriebs erklärte, den Macher dieses, falls er ermittelt würde, sofort zu entlassen. Darauf große Entmutigung unter den kleinen Streikern, und sie versuchten das Corpus delicti ihrer Ge- meinheit wieder zu erlangen, doch vergeblich. Derzeit hat man sich noch nicht die ortsanwesende Gesetze muß befestigt werden, und so äußerte einer dieser Streiker unseren Kol- legen gegenüber, die Freien würden zum Winter doch alle herausfliegen. Woher hat man diese Kenntnis? Will man sich jetzt etwa jener Faktoren bedienen, unter deren Protekt- orat und Leitung die christlichen Gewerkschaften entstanden sind, unter deren unheilvollem Einfluß leider dort die Be- völkerung noch steht? Doch wir geben unsere ersonnenen Positionen nicht auf, die Arbeiterschaft kommt auch dort allmählich zur Erkenntnis, daß ihre Befreiung nur ihr eigenes Werk sein kann. Sie erwartet keine Hilfe von jenen gescho- renen oder geheirateten Freunden der christlichen Arbeiter- bewegung, die sich noch darum streiten, ob diesem Wechsel- balg gewerkschaftlicher Organisationen die schwarze oder blaue Fassade am kleidsamsten steht, uns will es dünken, daß die „gelbe“ endgültig zu bestimmen wäre. —st.

Waggonbestellungen der preussischen Staatsbahn- verwaltung. Die Eisenbahndirektion ist beauftragt worden, wegen des Bedarfs von weiteren 800 Personenwagen und 815 Gepäckwagen verschiedener Gattung mit den Wagen- bauanstalten, die zurzeit für die preussische Staatsbahn- verwaltung beschäftigt sind, in Verbindungen zu treten. Die Anlieferung dieser Wagen soll bis zum 1. Oktober 1907 abgeschlossen sein.

Schlechter Geschäftsgang in den Fürther Rahmen- fabriken. Schlecht gehen, wie die „Fränkische Tagespost“ mitteilt, gegenwärtig die Geschäfte in den Fürther Rahmen- fabriken auf bessere Arbeit. In einigen Betrieben wird nur halbe Lage gearbeitet.

Waggonfabrik, Akt.-Ges., vormals Herbrand & Co. in Cbin-Chrenfeld. Die Gesellschaft verteilt für das ab- gelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 12 Prozent (im Vorjahr 10 Prozent).

Waggon- und Maschinenfabrik, Akt.-Ges., vormals Busch in Hamburg-Dankeln. Der auf den 5. Januar 1907 einzuberufenden Hauptversammlung wird eine Dividende von 6 Prozent (i. B. 3 Prozent) auf die Vorzugsaktien und von 1 Prozent (i. B. 0 Prozent) auf die Stammaktien vorge- schlagen. Über den Geschäftsgang berichtete der Vorstand, daß der gegenwärtig vorliegende Auftragsbestand, ins- besondere in Staatsbahnwaggon bereits die Höhe des ge- samten vorjährigen Umsatzes erreicht habe.

Gewerkschaftliches.

Aus dem Buchdruckerverband. Eine Nachricht, welche, wenn sie auf Wahrheit beruht, die im Buchdruckerverband geübte Pflege des Klassenbewußtseins in einem eigenartigen Richte erscheinen läßt, entnehmen wir der „Bremer Bürger- zeitung“. Danach hat der seitiger Gauvorsteher im Buch- druckerverband Emil Hallupp in Halle, der seit einund- zwanzig Jahren dem Verband angehört, die neugeschaffene Stelle eines zweiten Sekretärs der Prinzipalorganisa- tion in Leipzig angetreten. Dieses Hinüberwechseln in die gegnerische Organisation scheint der Mann für so ein- wandsfrei und in der Ordnung zu halten, daß er auch noch weiter Mitglied seines Verbandes bleiben will.

Der kürzlich wieder erneuerte Tarif im Buchdruckergerwerbe ist ja vielfach so ausgelegt worden, als ob damit eine gewisse Interessensharmonie zwischen den Unternehmern und Arbeitern dieses Berufes zum Ausdruck gekommen sei. Wenn diese Interessensgemeinschaft so weit gehen sollte, daß Mitglieder der Arbeiterorganisation die Geschäfte des Unternehmer- verbandes wahrnehmen können, ohne mit ihren Pflichten als Mitglied der Gewerkschaft zu kollidieren, denn wäre damit der Bankrott des Buchdruckerverbandes ausgesprochen. Wir können deshalb an die Richtigkeit der Nachricht nicht glauben und hoffen, daß sie recht bald von zuständiger Stelle dementiert wird.

Die vom Dresdener Gewerkschaftskartell errichtete Wärm- und Lesezube erweist sich immer mehr als eine sehr nützliche Einrichtung. Die Zahl der Besucher nimmt ständig zu; sie betrug im letzten Winter bei elfwöchiger Offenhaltung 14 625, während sie sich im Vorjahr in vier- zehn Wochen auf nur 12 912 belaufen hatte. Im ganzen hat die Wärm- und Lesezube im Laufe ihres fünfjährigen Bestehens über 60 000 Personen Obdach, ein warmes Plätz- chen und geistige Unterhaltung gewährt. Es verdient dies um so mehr Anerkennung, als die Dresdener Stadterwal- tung in hartnäckiger Verblendung sich immer noch wehrt, die in anderen Städten schon längst bestehende Einrichtung öffentlicher Wärmehallen in die Hand zu nehmen. Auch hier ist also wieder einmal, wie so oft, die Initiative der organi- sierten Arbeiter der öffentlichen Zuwendung. Das Haupt- kontingent der Besucher stellen naturgemäß die im Winter unter Arbeitslosigkeit leidenden Berufe: die Maurer, Bau- arbeiter und Zimmerer; dann folgen die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Steinarbeiter usw.

Die Gesamtausgaben zur Unterhaltung der Wärmzube belieferten sich auf 1876 Mk., die Einnahmen — darunter viel freiwillige Beiträge und Unterstützungen — auf 1440 Mk. Außerdem wurden namhafte Zuwendungen in Form von Naturalien gemacht, zum Beispiel 3050 Brote, 3 Tonnen Heringe, 37 Pfund Butter, ein halber Zentner Gräupchen usw. An den Weihnachtsfesttagen gelangten an die zuge- reisten Fremden 92 Portionen Mittagessen, 185 Portionen Kaffee und 95 Portionen Abendbrot zur Verteilung.

Der „zweite deutsche Arbeiterkongress“ wird nun- mehr von dem „Auschuß des deutschen Arbeiterkongresses“ einberufen. Er soll vom 20. bis 22. Januar 1907 in Berlin tagen. Als Tagesordnung dieser Veranstaltung ist vorge- sehen: 1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatler Franz Behrens-Gießen). 2. Bericht über die allgemeine politische Lage (Berichterstatler Adam Stegwald-Göln). 3. Die Sonntagssuche (Berichterstatler Richard Döring-Hamburg). 4. Der Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie (Berichterstatler Franz Wieber-Quisburg). 5. Ge- setzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatler Franz Fischer-Mülhausen i. Elsaß).

Gewerkschaftliche Bewegung in Moskau. Nach dem Grade der Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung Rußlands rangiert Moskau an zweiter Stelle nächst Peters- burg. In den „Tagen der Freiheit“ begonnen, dehnt sich die gewerkschaftliche Bewegung immer weiter aus und um- faßt bereits nicht nur Moskau allein, sondern auch viele be- nachbarte Städte. Im Gegensatz zu den Petersburger Ver- bänden, deren Tätigkeit fast ausschließlich nur den Peters- burger Arbeitern gewidmet ist, überschreiten einige unter den Moskauer Verbänden die Grenzen der Stadt, ja selbst des Gouvernements, und umfassen den ganzen Moskauer Industriezweigen. Zurzeit zählt man in Moskau 33 gewerk- schaftliche Verbände.

Gleich den Petersburger Verbänden sind auch die Mos- kauer augenblicklich stark den Verfolgungen seitens der Ad- ministration ausgesetzt, und so manches Mal haben sie Schwere zu erdulden; aber dennoch vermögen alle Wider- mächtigkeiten nicht, sie zu entmutigen. Nach der Auflösung der Duma wurde im Juli der bedeutendste Moskauer Ver- band, der Druckereiarbeiterverband, vom Stadhaupt- mann geschlossen. Aber die Arbeiter, die diesem Verband angehörten, gründeten einen neuen unter dem Namen „Ver- band der Arbeiter der graphischen Kunst“. So wurde der Name des Verbandes geändert, während er selbst seinem Wesen nach der gleiche blieb. Zurzeit zählt der Ver- band bereits etwa 8000 Mitglieder. Eine Frage, welche den Verband unaufhörlich beschäftigt, ist die Einberufung einer allrussischen Konferenz der Druckereiarbeiter behufs Bildung eines allrussischen Verbandes. Zu diesem Zwecke bildete sich auf Anregung des Moskauer Verbandes ein Bureau zur Organisation eines allrussischen Verbandes der Druckereiarbeiter, welchem die Vertreter der Verbände von Petersburg und Moskau beigetreten sind. Dies Bureau ist jetzt mit den Vorarbeiten zur Einberufung der allrussischen Konferenz der Druckereiarbeiter beschäftigt. Der Moskauer Verband der Arbeiter der graphischen Kunst gibt eine Zeitung heraus unter dem Namen „Das Buchdruckergerwerbe“ („Petschatnoje Djo“).

Die zweite Stelle unter den Moskauer Verbänden nimmt der Verband der Arbeiter der Metallbearbei- tungszweige ein, der 4500 Mitglieder zählt; es folgen der Verband der Schneider mit 2967 Mitgliedern, der Verband der Kontorangestellten und Buchhalter mit 1467, der Konditoren mit 1450 und der Verband der Leerverpacher mit 1400 Mitgliedern. Dem letzteren Ver- band gehören diejenigen Arbeiter an, die mit dem Abwägen und Verpacken des Tees beschäftigt sind. In den angeführten Betrieben arbeiten sehr viele Frauen, besonders junge Mädchen.

Der Verband der Tabakarbeiter hat zurzeit 1300 Mitglieder. Neulich hat er die erste Nummer des „Blatt

des Verbandes der Arbeiter der Tabak- und Hülsenbranche" herausgegeben. Der Verband der Wasserleitungsarbeiter hat 1100 Mitglieder, der Verband der Arbeiter der Holzbearbeitungsbranche 1084, der Verband der Textilarbeiter zählt jetzt in Moskau allein über 1000 Mitglieder. Er hat mehrere Abteilungen in den Gouvernements Moskau und Wladimir. Am 1. November erschien die erste Nummer der Zeitung dieses Verbandes.

Der Verband der Handels- und Industrieangestellten: „Einigkeit — Macht“ hat 900 Mitglieder. Der Verband der Arbeiter des Kaufmanns hat 900 Mitglieder. Er hat bereits einige Abteilungen in den Gouvernements Kozroma und Wladimir errichtet.

Der Verband der Arbeiter der Edelmetallbearbeitungsbranche hat 650 Mitglieder, der der Küche 488, der Arbeiter der Appretur- und Färbereibranche 482, der Arbeiter der Parfümproduktion 450 usw. Alle Verbände Moskaus zusammen zählen etwa 80 000 Mitglieder. Außer den oben erwähnten Zeitungen erscheint noch in Moskau der „Arbeiterverband“, Organ des Moskauer Zentralbureaus der Gewerkschaftsverbände.

Technisches.

Neue Fachliteratur.

„Neue Vorlagen für kirchliche Schreiner und Holzbildhauer“ ist ein Werk (in 6 Lieferungen à 2 Mk., zusammen in Mappe 10,50 Mk.) bestellt. Herausgeber ist Hermann Houben, Architekt in Bielefeld. Vorläufig liegen uns die ersten beiden Hefte vor. Die Verlagsgesellschaft Otto Maier in Ravensburg ist bekannt für das Gebiet der Architekturliteratur, und da sie auch oben genanntes Werk in Verlag genommen hat, so dürfen die Leser etwas Gutes erwarten. Die Kirchenbaukunst steht auch heute noch unter dem Banner der Gotik, sowie des romantischen Stils. Die elementare Kraft in ihren strengen Konstruktionsprinzipien wird die altchristlichen Baustile auch unsere moderne Bewegung überbauen lassen. Beim Durchsehen dieser Blätter überkommt es uns wie eine feierliche Stimmung. Die Überdachungen mit den zierlichen Giebeln, auf denen Krabben hinauf kriechen bis zu den Kreuzblumen der Wimperge, dann die schlanken Fialen mit den kleinen zahlreichen Krabben, und dazwischen die Strebebeiler mit dem feinen Maßwerk; das alles ist in einer graziosen gesunden Formensprache ausgedrückt.

In flotter Federzeichnung hat der Künstler Altäre, Kanzeln, Kirchenstühle, Sakristeischränke, Baldachine, Kommunionbänke und andere Kirchengeräte entworfen. Er zeigt dabei, daß er nicht bloß Stil und Technik der Kirchenbaukunst beherrscht, sondern auch künstlerische Auffassung besitzt. Alle Vorbilder sind dem praktischen Bedarfe und der Holztechnik angepaßt, deshalb eignen sie sich vorzüglich zur direkten praktischen Verwendung. Der reiche Formenschatz dieser Zeichnungen macht das Werk auch sehr geeignet zum Studium des romanischen und besonders des gotischen Stils, letzterer ist von der Frühgotik bis zur Spätgotik vertreten, am meisten die Hochgotik. Das weitere Erscheinen der folgenden Hefte werden wir mit Interesse verfolgen und die Leser rechtzeitig durch Besprechung des Inhalts unterrichten. Der mäßige Preis und die leichte Anschaffung in Heften ermöglicht es auch dem Minderbemittelten, sich nach und nach einen Schatz gediegener Vorbilder anzuschaffen.

Eingefandt.

Zur Arbeitslosenstatistik.

Diejenigen Kollegen, welche die Monatsberichte über die Arbeitslosigkeit in unserer Zeitung verfolgen, werden mit Bedauern bemerkt haben, welche große Anzahl von Zahlstellen nicht berichtet. Um dieser Nachlässigkeit entgegenzuwirken, wäre nach meiner Meinung das beste Mittel, wenn der Verbandsvorstand jedesmal die säumigen Zahlstellen gleich hinter dem Berichte namentlich anführen würde. Die Mitglieder der betreffenden Zahlstellen würden dann schon dafür sorgen, daß die Ortsverwaltungen ihre Pflicht erfüllen. Denn soll die Statistik einen wirklichen Wert haben, so müssen sich unbedingt alle Zahlstellen daran beteiligen, sonst haben wir doch nur halbe Arbeit. J. Steron-Warmbrunn.

Zur Drechslerbewegung.

Auch die Kollegen in Halle a. S. haben sich in einer öffentlichen Sektionsversammlung damit beschäftigt, welche Schritte zu unternehmen sind, um die Lage der Kollegen im allgemeinen zu heben. Vornehmlich war die Meinung vorherrschend, daß bei den vielen Branchen, die in unserem Gewerbe vorhanden sind, es sich empfiehlt, zunächst in den einzelnen Gauen sogenannte Branchenkonferenzen einzuberufen. Solche Konferenzen müssen für die Luxusmöbelfabrikation, die Stuck- und Hornbranche und für die Massenfabrikation für den Möbelbedarf veranstaltet werden. Alle Kollegen haben das gleiche Bestreben, für sich Löhne zu erzielen, die zur Festigung eines menschenwürdigen Lebens notwendig sind. Da aber die Technik in der Herstellung von Drechslervaren und die in den einzelnen Branchen gezahlten Löhne grundverschieden sind, so müssen, um ein planmäßiges Arbeiten zu ermöglichen, doch zunächst die nötigen Grundlagen geschaffen werden. Der Errichtung einer Zentralkommission stehen auch wir durchaus freundlich gegenüber, weil dadurch eine Stelle innerhalb des Deutschen Holzarbeiterverbandes geschaffen würde, von wo aus eine planmäßige Agitation unter den Kollegen unternommen werden kann. Auch wünschen wir, daß der Hauptvorstand recht bald zu den Vorschlägen Stellung nehmen möge, damit auch die Drechslers mit den übrigen Holzarbeitern gleichen Schritt halten können. M. A. Halle.

Zu der Frage der Einberufung einer Drechslerkonferenz, welche seit einiger Zeit in der „Holzarbeiter-Zeitung“ erörtert wird, haben auch die in unserem Ort beschäftigten Drechslers in einer Branchenversammlung Stellung genommen. Obwohl infolge der verhältnismäßig guten Organisation die Löhne hier immer noch etwas auf der Höhe ge-

halten werden konnten, so stimmte die Versammlung doch darin überein, daß es nur zum Vorteil der gesamten Kollegen gereichen würde, wenn für ihren Beruf eine besondere Institution geschaffen wird, welche die Mittel und Wege ausfindig macht, die dazu angetan sind, allerwärts die Lebenslage der Drechslers zu heben und zu fördern. Die Einberufung einer allgemeinen Konferenz für ganz Deutschland halten die hiesigen Kollegen für einen zu großen Sprung. Sie glauben nicht, daß auf dieser Konferenz alle die vielen Materien, die notwendig in Erwägung und Beratung gezogen werden müssen, verarbeitet werden können. Etwas Ursprüngliches wird aus der Konferenz kaum herauskommen. Es könnte das nur eine Tagung in der Hast sein, von der man auseinander geht, ohne wichtige und durchgreifende Reformen geschaffen zu haben. Sie sind daher der Meinung, daß eine wirklich zweckmäßige Lösung dieser Frage nur zu erreichen ist, wenn diese Konferenzen gauweise arrangiert werden. Wenn in den Gauen selbst erst alle diese vielen Mängel, die in den Drechslergewerben bestehen, gesichtet und zur Beseitigung derselben und zur Besserstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Mittel und Wege gesucht worden sind, dann ist erst die Zeit gekommen, an eine allgemeine Konferenz zu gehen und Beratungen zu pflegen darüber, wie sich eine Ausgleichung der Differenzen, die zwischen den verschiedenen Gauen bestehen, herbeiführen läßt. Wir richten daher das Ersuchen an den Hauptvorstand, recht bald die Gauenvorstände zu veranlassen, den Drechslern in ihren Gauen Gelegenheit zu Zusammenkünften zu geben, um damit die erste Grundlage zu schaffen, auf der man weiterbauen kann. In der Versammlung wurde auch dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Hauptvorstand die Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises für Drechslers in die Wege leiten möge und daß er der Gründung einer Zentralkommission näher trete. Im Auftrag der Sektion der Drechslers in Schmölln (S. V.). P. H.

Au die Sektionen der Vergolder und Bernfägenossen!

In Nr. 40 der „Holzarbeiter-Zeitung“ erließen wir einen Aufruf, worin wir ersuchten, daß alle Sektionsleiter ihre Adresse an den Unterzeichneten einfinden möchten, und baten zugleich um Zusendung von Situationsberichten von Zeit zu Zeit. Leider sind bisher die wenigsten Sektionsleitungen dieser Aufforderung nachgekommen und haben nicht einmal ihre Adresse angegeben, geschweige einen Situationsbericht gesandt. In der letzten Branchenversammlung der Vergolder in Berlin wurde dies sehr bedauert und zugleich die Vermunterung ausgesprochen, daß man nun gleich gar nichts mehr von anderen Orten zu erfahren bekommt, wie dort die geschäftliche Lage ist. Kollegen! Uns sollte es ja sehr freuen, daß es euch so gut geht, daß ihr euch um nichts mehr zu kümmern braucht, nur bestreht, daß dies leicht in Gleichgültigkeit umschlagen kann und euch zum Nachteil gereicht. Wir meinen, daß nur durch enge Fühlungnahme unsere Gesamtlage gehoben werden kann. Wie wollt ihr zum Beispiel Forderungen von weittragender Bedeutung stellen, wenn ihr euch nicht vergewissert habt, ob die allgemeine Lage dazu angetan ist? Zu diesem Zwecke ist ja auch die Zentralkommission der Vergolder eingesetzt worden; wenn ihr diese aber ignoriert, hat sie vollständig ihren Zweck verfehlt und steht nur auf dem Papier! — Wir ersuchen daher nochmals, die Adressen der Sektionsleiter anzugeben und uns des öfteren Situationsberichte einzusenden. Mit kollegialem Gruß

Die Zentralkommission der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Vergolder (Gold- und Politurmeisterarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands). J. A.: Heinrich Späthe.

Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Bücher und Schriften eingegangen:

Die große Sorgfalt in der Bearbeitung der Meyerschen Klassikerbibliothek (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien) kennzeichnet sich ganz besonders durch folgende Einzelheiten: der Text der im Laufe der Zeit so leicht Entstellungen erfährt, ist genau in der vom Dichter festgesetzten Form geboten; treffliche Lebensabrisse der Dichter, die zugleich deren literargeschichtliche und ästhetische Bedeutung feststellen und auch ein Gemälde der allgemeinen Bildungszustände sowie des besonderen literarischen Geschmacks ihrer Zeit entwerfen, und vorzügliche Einleitungen zu den einzelnen Werken erleichtern den Einblick in den tiefen Sinn der klassischen Werke. Ganz besonders wichtig sind ferner die Anmerkungen unter dem Text, welche die für unsere Zeit weniger verständlichen Anspielungen erklären, an denen sich unsere Altvordern noch ohne Kommentar erfreuen konnten. Sonach bieten die Werke der Meyerschen Klassikerbibliothek in sorgfältigster Ausführung alles das, was der heutige Leser zum Verständnis der älteren Autoren bedarf. Wer einen Band der Meyerschen Klassikerausgaben genauer prüft, wird erstaunt sein, wie sehr ihm durch die geschickte Bearbeitung Genus und Verständnis gesteigert wird; er wird bemerken, daß er zahlreiche Beziehungen und Schönheiten der Dichtungen entdeckt, die ihm früher verschlossen waren. Mit dem gediegenen Inhalt harmonisiert die vornehme Ausstattung: das dauerhafte Papier, der klare Druck, der gefällige Einband. Trotz dieser Vorzüge ist es möglich gewesen, den Preis des Bandes (in elegantem Leinenband) auf durchschnittlich 2 Mk. zu beschränken. Erschienen sind bisher: Armin, 1 Band; Brentano, 1 Band; Bürger, 1 Band; Chamisso, 2 Bände; Eichendorff, 2 Bände; Gellert, 1 Band; Goethe, 15 Bände; Grillparzer, 5 Bände; Hauff, 4 Bände; Hebbel, 4 Bände; Heine, 7 Bände; Herder, 5 Bände; Hoffmann, 3 Bände; Immermann, 5 Bände; G. v. Kleist, Kleine Ausgabe 3 Bände, Große Ausgabe 5 Bände; Körner, 2 Bände; Senau, 2 Bände; Lessing, 5 Bände; Otto Ludwig, 3 Bände; Novalis und Fouqué, 1 Band; Platen, 2 Bände; Reuter, Kleine Ausgabe 5 Bände; Rückert, 2 Bände; Schiller, Kleine Ausgabe 8 Bände, Große Ausgabe 14 Bände; Tieck, 3 Bände; Uhland, 2 Bände; Wieland, 4 Bände. — Ausführliche Verzeichnisse können kostenfrei durch jede Buchhandlung oder auch von der Verlagsbuchhandlung direkt bezogen werden.

Für unsere Kinder. Weihnachtbuch der „Gleichheit“. Herausgegeben von Clara Zettin (Gundel). Das Weihnachtbuch der „Gleichheit“ besteht aus den beiden Jahrgängen 1905 und 1906 der Beilage der „Gleichheit“ für unsere Kinder“. Preis kartoniert 1 Mk. Vereine, die eine größere Anzahl Exemplare bestellen, erhalten einen Vorzugspreis. Der Verlag der „Gleichheit“.

Kautsky, Karl, Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Zweite, durchgesehene Auflage. Berlin, Buchhandlung „Vorwärts“. 81 S. 30 Pf.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bloch (Administration: Berlin W, Bülowstr. 105), haben soeben das Dezem herheft ihres 12. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Karl Legien: Der Gesehentrurf betreffend gewerbliche Berufsvereine. — Julius Bruhns: Zum zweiten Preussentag. — Roman Strelhow: Die beiden Richtungen in der russischen Sozialdemokratie. — Emile Vandervelde: Der Sozialismus in Belgien. — Wilhelm Kolb: Das badische Blockexperiment und seine Lehren für die Sozialdemokratie. — Berthold Heymann: Die Verfassungsreform und die Neuwahlen in Württemberg. — Dr. Hans Müller: Julius Treichler, ein Pionier des Sozialismus und des Genossenschaftswesens. — Julius Deutch: Die Bekämpfung der Kinderarbeit. — Friedrich Kleis: Die Rechtsprechung in der Krankenversicherung. — Edoard Anseele: Gott und das Geseh! — Wirtschaft, Soziale Kommunalpolitik, Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Sozialpädagogische Bewegung, Bildende Kunst, Dichtkunst, Buchbesprechung. — Das Heft enthält außerdem ein Porträt von Julius Treichler, gezeichnet von Lisbeth Stern. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und durch jede Postanstalt, ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W 35, Bülowstr. 105. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossener Kuvert.) Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk. Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. 8 in Hamburg).

Einnahme im November:

Eingefandte Überschüsse: Berlin G 2200 Mk., Berlin H 1200, Nirdorf 1000, Berlin B 800, Bamberg, Lichtenberg je 600, Bodenheim, Erlangen je 550, Heidelberg, Stuttgart, Mannheim je 500, Bonn, München II, Freiburg i. B., Dietesheim, Fürth, Würzburg I, Köln I, Düsseldorf, Berlin C, Karlsruhe, Kaff, Kaffel je 400, Ravensburg 380, Hamburg II, Gotha je 350, Halle, Griesheim, Kumbach, Schwezingen, Mainz, Ndr.-Zwehren, Kaiserlautern, Pantow, Breslau je 300, Hamburg III, Connewitz je 250, Guttrichsch, Cöpmannsdorf, Neu-Ulm, Gohlitz, Mchaffenburg, Volkmarzdorf, Salzmünster, Blankenburg i. Th., Ziegelhausen, Gr.-Zimmern, Ulm, Siegburg, Alte Neustadt, Magdeburg, Giebichenstein je 200, Nowawes 170, Reichenbach, Friedenau, Poll, Schweinfurt, Oera, Bönitz, Sudenburg, Dessau, Beierthelm, Schönefeld, Odessa, Osterwieck, Sangerhausen, Leipzig I, Scharnhausen, Unterköblich, Worms, Grabow, Erfurt, Gilenburg, Stolp, Dagersheim, Volkstedt, Bückeburg, Soffenheim, Dürkheim, Witten, Lindental, Waltershausen, Neu-Müppin, Wilmersdorf, Wessling, Forchheim, Budau je 150, Wilhelmshagen 144,60, Rößlich 135,23, Plauze 135, Martinroda, Briesdorf, Bernburg, Freiberg, Dünnowald, Blankenburg a. S., Wangen, Neustadt a. S., Hausen, Badenburg, Jagenheim, Durlach, Gblich, Gonsenheim, Altena, Salzingen, Loboda, Neulingen, Bachnang, Neu-Sußheim, Schwarzja, Neuenbürg, Marbach, Lüneburg, Wurzen, Rotensol, Bremen, Detmold, Mosheim, Giltrow, Heilbronn, Pforzheim, Förderstedt, Schmiedefeld, Bahr, Neulingen, Leuzsch, Adelsheim, Wilhelmshagen, Garburg, Willingen, Brunsbüttelkoog, Sudenburg je 100, Neuendorf 88, Gr.-Dobritz 85, Ndr.-Erlenbach 81,44, Zettin, Kahla, Rudolstadt, Herford, Urzheim je 80, Wilhelmshausen 75, Kl.-Krohenburg 70, Dörnberg 69,77, Saalfeld 62, Quittelsdorf, Münder, Debschütz, Wetterzeule, Pasewalk je 60, Wörlitz, Wismar, Heinrichshub, Nauheim, Jena, Langenberg je 50, Freiberg i. Schl. 35, Prenzlau 30, Wehlar 2,80.

Table with 2 columns: Category and Amount. Summa der Überschüsse: 33 113,84 Mk. Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern: 11,90. Beiträge: 2 079,10. Sonstige Einnahmen: 1 202,76. Gesamteinnahme: 36 407,60 Mk.

Ausgabe im November:

Verfandte Zuschüsse: Gelsenkirchen, Mundenheim, Breckenheim je 200, Eplingen, Welschnereuth, Emmerich, Zeitz je 150, Gomburg 190, Minden 120, Worsdorf, Burgdorf, Bremerhaven, Nauheim, Tippoldshausen, M.-Glabach, Soden, Niederberg, Hofenheim, Gundelsheim, Neustadt a. S., Arnstadt je 100, Fellbach 80, Mückern 75, Döbeln, Dessau, Raltnorrbheim je 50, Mannsdorf 40.

Table with 2 columns: Category and Amount. Summa der Zuschüsse: 3 055, — Mk. Krankengeld an Einzelmitglieder: 1 675,98. Sterbegeld: 90, —. Sonstige Ausgaben: 2 520,57. Gesamtausgabe: 7 341,50 Mk.

Einnahme im November: 36 407,60 Mk. Ausgabe: 7 341,50 Mk.

Zunahme des Vermögens: 29 066,10 Mk. U. Gucl, Hauptkassierer.

Invalidentonds.

Der Vorstand hat beschloffen, wie in früheren Jahren so auch in diesem an arme ausgesteuerte Mitglieder eine kleine Gabe zu Weihnachten zur Verteilung zu bringen. Mitglieder, welche hierauf reflektieren, müssen mindestens vor dem 1. Oktober d. J. ausgesteuert sein. Diesbezügliche Gesuche müssen von mindestens drei Mitgliedern der Ortsverwaltung in bezug auf Bedürftigkeit unterzeichnet und bis spätestens den 20. Dezember beim Vorstand eingereicht sein. Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

Versammlungs-Anzeiger.

Gülich. Sonnabend den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Mittg (Leber)versammlung im „Goldenen Löwen“, Mitalagraben.

Schiffingheim. Donnerstag, 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Vereinshaus bei Fischer, Wirtschaft zum Röhren, Hauptstraße 10. Darlehen jederzeit Unterstützung.

Anzeigen.

Wischerleben. Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß unser Verkehrslokal vom 1. Dezember ab sich im Fürstendof, Stahlfurter Höhe 48, befindet. Herberge und Kaffeestube befinden sich dort.

Wiesbaden. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Kraber, Kaiserstraße 46, wofür auch die Reiseunterstützung ausbezahlt wird. Umhauen streng verboten. Verkehrslokal „Kaiser Hof“, Wiesbadenerstraße 89.

Worms. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Bahnhalle befindet sich bei Kollege Etling, Liebfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-7 Uhr. Umhauen verboten.

Worms. Bevollmächtigter Andreas Doct, Schreiner, Hochburgstraße 89, 8.

Worms. Arbeitsnachweis der Holzarbeiter im Bureau K 4, 6 part. Telefon 1849. Stellenaussage jeden Freitag vormittags von 9-10 Uhr und nachmittags von 4-1/2 Uhr. Dasselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung. Umhauen streng verboten.

Worms. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Tischler Karl Walter, Wilmersstraße 21, 2. Etz., und haben sich die zureisenden Kollegen an diesen zu wenden.

Worms. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Deulenberg 10. Wir erlauben die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umhauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Utner, Schwalbacherstraße 7, 1. St. I. Umhauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Heusch, Schulgasse 4, ausbezahlt. Im Wochenenden abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Worms. Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt bei Kollege Wdman Penzner, Am Koptentor 82b. Die Kollegen werden ersucht, das Umhauen zu unterlassen und sich erst dort zu erkundigen.

Der Kollege Johann Schaben, geb. 9. 9. 1884 zu Steyrapp, Buchn. 200287, und der Kollege Heinrich Mühlwedel, geb. 18. 7. 1888 zu Frankenu, Buchn. 205582, beide Schreiner, werden hiermit ersucht, die der Buchhändlerbibliothek Elberfeld-Barmen gehörigen, in Warmen entlehnten Bücher umgehend an W. Schneider, Elberfeld, Berlinerstraße 18, 2. Etz., abzuliefern. Kollegen, welche den Aufenthalt bei beiden kennen, werden gebeten, dieselben zur Pflanz-erfüllung anzuhalten.

J. A. W. Schneider, Elberfeld, Berlinerstr. 18, 2. Etz.

Der Schreiner Paul Hsch, Buchn. 245904, wird ersucht, wegen wichtiger Angelegenheiten seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Ludwig Eisel, Lützenborimund, Bahnhofsstr. 36.

Der Tischler August Franke, geb. 19. 2. 88 zu Mühl, Kreis Regnitz, wird ersucht, seinen Aufenthalt anzugeben. Nachrichten wolle man an Paul Heider, Regnitz, Mühlstraße 8, gelangen lassen.

Julius Fein, sende Deine Adresse an Emil Gitz, Elbingeweg 1, Garz, Große Dorfstraße, wegen wichtiger Angelegenheit.

Die Tischler Otto Deworatz, Wenzel Fawesch, Wilhelm Warabeifer, Hans Franz Wastian aus Dachau wird, um ihre Adr. ersucht. **W. S. Hans Wadnig, Buchhandlung, Leipzig, Scherndorferstr. 24.**

Der Büstenmacher Paul Stamm aus Pommeren wird gebeten, seine Adresse anzugeben.

Walther Penz, Bürstenmacher, Braunschweig.

Geschäftsführer gesucht.

Die Zahlstelle Bremerhaven sucht zum 1. April einen Geschäftsführer. Auf eine erste Kraft wird reflektiert. Derselbe muß organisatorische und agitatorische Befähigung besitzen, mit Verwaltungs- und Kassengeschäften hinreichend vertraut sein. Kollegen, die nebenbei mit den Verhältnisse nissen bekannt sind, werden bevorzugt. Umfangsgehalt 1900 Mark, steigend jährlich um 50 Mark bis 2200 Mark. Selbstgeschriebene Offerte mit Angabe der bisherigen Tätigkeit im allgemeinen und über die Aufgaben eines Geschäftsführers sind bis zum 1. Januar 1907 unter der Aufschrift „Geschäftsführer“ zu richten an

**Gustav Sötte, Bremerhaven
Zehlfußstraße 26 part.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler usw.

In unserem Bureau ist die Stelle eines **Bureaubeamten** neu zu besetzen. Mitglieder, welche gewandt im Schreiben und Rechnen und mit Kassengeschäften vertraut sind und sich um die Stellung bewerben wollen, haben ihre Offerte bis spätestens 17. Dezember einzureichen. Eintritt 1. Januar 1907.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

Tüchtiger Tischler, selbständiger Arbeiter, auf weiße und polierte Möbel, der etwas maschinenkundig ist, findet dauernde gute Stellung.

**Herm. Künzel, Möbelgeschäft
Oelsnitz i. Vogtland.**

Tüchtige Tischler für Tische und Buffets finden dauernd lohnende Stellung bei

**Richard Saalfeld, Schmied
Herzogtum Braunschweig.**

Tüchtige Polierer sowie tüchtige Möbeltischler welche perfekt frumenten können, finden auf Tische und Klemmöbel dauernd lohnende Beschäftigung.

**Casseler Tischfabrik Albert Schulze
Cassel, Münchebergstraße 20.**

Gesucht tüchtige Möbelpolierer und Beizer auf dauernde Arbeit.

C. Friese, Möbelfabrik, Kiel.

Tüchtige Polierer für dauernd gesucht.

**Jakob Spahn, Stocfabrik
Dietesheim, Kreis Offenbach.**

Wirklich tüchtige, befähigte Stuhlbauer hauptsächlich für Sessel und bessere Stühle sowie **Polierer** stellen wir ein. Gewährt Reisevergütung nach einjähriger Arbeitszeit.

**Robert Oehlschlägel & Co.
Dr. Holland b. Elbing, Westpreußen.**

Tüchtige Sofabauer finden dauernde Stellung.

**P. Rieger
Cottbus, Klosterstraße 14.**

Mehrere tüchtige Bantischler sucht für dauernde Arbeit.

**Otto Kötteritzsch, Naumburg a. S.
Gartenstraße 5.**

Tüchtiger Maschinenarbeiter für die Fräse und Walzengatter gesucht, sowie einige tüchtige Tischler für weiße und polierte Möbel, Spezialität Stegtische und Nachstuckausziehische.

**E. Roeder, Möbelfabrik
Fierloh, Weßfalen.**

Selbständig arbeitenden Drechsler sofort gesucht. Akord. 16 bis 22 Mark.

B. Kubis, Grünberg in Schlefien.

Drechsler auf polierte Akordarbeit sofort gesucht.

M. Bauerndorf, Elstra i. Sachsen.

Horn-Salantierarbeiter auf Salatbesteck für dauernde Arbeit bei guter Bezahlung gesucht.

**Fr. Scherf, Nürnberg
Rudolfstraße.**

Gesucht auf sofort ein Korbmachergehilfe auf Roharbeit und weiß Geschlagen.

**W. Itzen, Korbmachermeister
Geestemünde.**

Gesucht tüchtige Korbmachergefellen auf grüne gemattete Arbeit.

**J. M. W. Heitmann, Hamburg 4
Antonstraße 12.**

Einige Korbmacher finden Beschäftigung, längere Zeit Geschloßkörbe.

Calm & Ahlfeld, Bernburg.

Gesucht auf gleich 10 Korbmacher auf Gematt.

C. Fiecke, Döbenburg i. Gr.

Korbmacher auf Gesteinarbeit und Geschlagenen sucht sofort für dauernd.

Rud. Förster, Königsee-Thüringen.

Gesucht zwei tüchtige Korbmacher auf Geschlagen. Arbeit dauernd.

Jac. Kahlke, Glückstadt.

Einem Korbmacher auf Reifekörbe sucht

**P. Mattern, Korbmachermeister
Sand-Grantenberg, Schlefien.**

Gesucht 2 Korbmacher auf Fischkörbe.

**H. Löwe, Korbmacher, Eisebrügge
Kreis Jort.**

Vollständig neu!

Der Praktische Tischler

Von **Prof. Hermann Walbe.**

Keine Zeitung

Komplettes Fachwerk mit Detailzeichnungen die gesamte Bau- und Möbeltischlerei enthaltend.

Preis alles zusammen 25 Mark. Gegen Raten 27 Mark.

Auch in monatlichen Raten von 2 Mark.

Das Werk wird sofort komplett geliefert.

**E. S. Fried. Reizner
Leipzig.**

Genau auf Firma achten.

NB. Bei Streiks oder Aussperrungen werden die Raten gestundet.

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Wasch- und Reifekörbe sofort gesucht. Kost auf Wunsch im Hause. Arbeit dauernd.

**Wilh. Schulz, Versandgeschäft
Beuthen a. Ober, Bez. Liegnitz.**

2 Korbmacher finden sofort dauernde Beschäftigung auf gekreuzte Kinderwagenkörbe.

**N. Porzelt, Korbflechtere
Schaffhausen (Schweiz), Rheinstraße 29.**

2 Korbmacher auf geschlagene und Gesteinarbeit finden gegen guten Lohn dauernde Beschäftigung bei

**J. Walterscheid, Wittenberge
Bez. Potsdam, Wahrenbergerstr. 58.**

5 Korbmacher auf Mattarbeit sucht nach dem vor kurzer Zeit mit 12 Prozent Lohnaufschlag festgelegten Tarif und 9/10 stündiger Arbeitszeit. Wöchentlich Verdienst 85 Mk.

**Hermann Lange, Wulsdorf
bei Geestemünde.**

Suche zwei tüchtige Korbmachergehilfen auf Reife- und Waschkörbe und einen auf grüneschlagene Arbeit. Dauernde und lohnende Stellung.

**M. Richter, Korbmachermeister
Bautzen, Sachsen.**

Laubsägerei

Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei lief. am billigsten sämtl. Werkz., Werk, Holz usw. **J. Brendel, Magdorf 95 (Pfalz).** Reichhalt. Katalog, o. über 2000 Abbildungen gegen 40 Pf. in Briefmarken franko. Laubsägeholz pr. qm v. 1 Mk. an.

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte * * Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmäßigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten **Jubiläumskatalog**, ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

Jubiläumspolitur, Patentpolitur, Kopalpolitur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschließende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt.

Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack.

Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver.

Spiritusbeizen, Ambrantbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen.

Flintsteinpapier, Lederleime.

Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Ferner empfehle:

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—. Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Meyers Klassiker-Ausgaben.

Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. — Eleganter Leinwandeinband.

Arnim, 1 Band, geb. 2 Mk.	Körner, 2 Bände, geb. 4 Mk.
Brantano, 1 Band, geb. 2 -	Lenau, 2 Bände, geb. 4 -
Bürger, 1 Band, geb. 2 -	Lessing, 5 Bände, geb. 12 -
Chamisso, 2 Bände, geb. 4 -	Ludwig, 3 Bände, geb. 6 -
Eichendorff, 2 Bände, geb. 4 -	Novalis u. Fouqué, 1 Bd., geb. 2 -
Gellert, 1 Band, geb. 2 -	Platen, 2 Bände, geb. 4 -
Goethe, 15 Bände, geb. 30 -	Router, 7 Bände, geb. 14 -
Grillparzer, 5 Bände, geb. 10 -	Rückert, 2 Bände, geb. 4 -
Hauff, 4 Bände, geb. 8 -	Schiller, 8 Bände, geb. 16 -
Hebbel, 4 Bände, geb. 8 -	Schiller, 14 Bände, geb. 28 -
Heine, 7 Bände, geb. 16 -	Shakespeare, 10 Bände, geb. 20 -
Herder, 5 Bände, geb. 10 -	Tieck, 3 Bände, geb. 6 -
E. T. A. Hoffmann, 3 Bde., geb. 6 -	Uhland, 2 Bände, geb. 4 -
H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10 -	Wieland, 4 Bände, geb. 8 -

Ausführliche Prospekte sind kostenfrei durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Porenfüller in Pulver D. R. P. angemeldet

laut Gutachten der beste bisher existierende.

Lackfabrik C. Bratsch, Inhaber Krohn
Reinickendorf-Berlin.


Gegründet 1866 Prümiert Gewerbeausstellung Berlin.

Jeder Schreiner verlange **umsonst** Probe-Nr. der prakt. reichillustr. Fachzeitschrift

Südd. Möbel- u. Bauschreiner

Preis viertelj. nur **Mk. 1.75** frei Haus.

Verlag des Südd. Möbel- und Bauschreiner Stuttgart.



Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.